

# TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER  
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

---

8 JAHRG.

JUNI 1915

6. HEFT

---

## NATIONALWIRTSCHAFT ODER WELTWIRTSCHAFT?

Von SCHULZ-MEHRIN, Grunewald.

Vor dem gegenwärtigen Kriege war es die Meinung weiter Kreise, daß die mannigfaltigen Bedürfnisse der Menschheit in der Weise befriedigt werden sollten, daß die Bedarfsgüter landwirtschaftlicher, industrieller oder sonstiger Art jeweils immer dort erzeugt würden, wo für ihre Erzeugung die günstigsten Bedingungen vorhanden seien, wo also der betreffende Bedarf bei kleinstmöglichem Aufwand von Bodenfläche, Arbeit und Hilfsmitteln in größtmöglicher Vollkommenheit gedeckt werden könnte. Die Erzeugung der verschiedenen Dinge für den Bedarf der gesamten Menschheit sollte spezialisiert werden, und jede Gegend, jede Volksart der Erde sollte ihre bestimmte Güterart erzeugen. Kein Volk, kein Land, hieß es, sollte mehr danach trachten, Dinge herzustellen oder zu gewinnen, die anderswo besser oder billiger hergestellt oder gewonnen werden könnten. Sei Argentinien oder Rußland für die Getreidegewinnung soviel günstiger als Deutschland, daß der deutsche Getreidebau gegenüber dem argentinischen oder russischen nur durch Einfuhrzölle und andre Schutzmaßnahmen erhalten werden könne, so solle man eben in Deutschland auf den Getreidebau verzichten und dafür lieber eine andre Spezialität entwickeln, für welche die Bedingungen in Deutschland günstiger seien. Oder wenn in England wegen der Feuchtigkeit des Seeklimas und der Veranlagung der Bewohner die Bedingungen für die Herstellung feiner Garne und Webwaren günstiger seien als in Deutschland, so solle man keine unfruchtbaren Anstrengungen machen, auch in Deutschland die Garnspinnerei und Weberei zu höchster Vollkommenheit zu steigern, sondern solle sich lieber auf andre Spezialitäten, etwa die Farbenerzeugung, verlegen. Also Arbeitsteilung über die ganze Welt und in allen von der Menschheit gebrauchten Dingen; mit einem Wort: „Weltwirtschaft“, nicht Volks-, nicht Nationalwirtschaft, oder doch Zurückstellung der Nationalwirtschaft hinter der Weltwirtschaft.

Ist es schon fraglich, ob dieser Zustand überhaupt ideal und erstrebenswert ist — werden die Vor- und Nachteile einer rein durchgeführten Arbeitsteilung doch auch in der Volks-, ja sogar in der privaten Einzelwirtschaft noch

stark umstritten —, so kann es nach diesem Kriege kaum mehr zweifelhaft sein, daß die Zeit für eine Weltwirtschaft in dem angedeuteten Sinne noch nicht gekommen ist. Solange noch Kriege denkbar sind, in denen gerade der Umstand, daß ein Volk wichtige Dinge aus andern Ländern beziehen muß, eine Hauptwaffe des Angreifers bildet, solange einem Volk aus der Abhängigkeit von der Weltwirtschaft Gefahren für sein staatliches Dasein erwachsen können, solange kann kein Volk seine Nationalwirtschaft zugunsten einer Weltwirtschaft aufgeben oder auch nur wesentlich einschränken; solange muß vielmehr jedes Volk danach trachten, seine Nationalwirtschaft so stark, selbständig und unabhängig von der Weltwirtschaft zu machen oder zu erhalten, daß es zur Not auch eine mehrjährige völlige Absperrung vom Weltmarkt und Ausschließung von der Weltwirtschaft aushalten kann. Das hat dieser Krieg uns Deutsche mit größter Eindringlichkeit und Anschaulichkeit gelehrt; wie überhaupt dieser Krieg ungleich mehr als irgend ein früherer die Bedeutung der wirtschaftlichen Verknüpfungen für Streitfälle zwischen den Völkern gezeigt hat, allerdings nicht in dem Sinne, wie man vor dem Kriege fast allgemein glaubte, daß diese wirtschaftliche Verknüpfung ein sehr starkes Hindernis gegen den Ausbruch eines Krieges sei, was ja bekanntlich nicht der Fall gewesen ist, als vielmehr in dem Sinne, daß diese wirtschaftliche Verknüpfung gerade als Kriegsmittel benutzt wird und in diesem besondern Falle vielleicht eine Hauptursache für den Ausbruch des Krieges gewesen ist. Denn England würde wahrscheinlich nicht zum Kriege bereit gewesen sein, wenn es nicht bestimmt geglaubt hätte, daß es Deutschland durch Absperrung vom Weltmarkt tödlich treffen könnte, und ohne Englands Kriegsbereitschaft hätten es auch Rußland und Frankreich kaum zum Kriege kommen lassen. Ohne Deutschlands weitgehende Verknüpfung mit der Weltwirtschaft wäre die Lage nicht viel anders gewesen als vor dem deutsch-dänischen Kriege, wo Bismarck auf die Drohungen des englischen Gesandten nur die kühle Antwort hatte: Ich wüßte nicht, was England uns tun könnte, als harmlose Städte der preußischen Ostseeküste zu bombardieren.

Selbst für ein Land wie England, dem auch im Kriege, wenigstens in diesem, noch die ganze Erde offen steht, ausgenommen die ihm feindlichen Länder, ist ein Aufgeben seiner Volkswirtschaft zugunsten der Weltwirtschaft in dem eingangs angedeuteten Sinne sehr gefährlich; leidet doch das englische Wirtschaftsleben in diesem Kriege in hohem Maße darunter, daß sich die englische Industrie recht einseitig und lückenhaft entwickelt hat, daß sie vornehmlich Fertigwaren und nicht alle hierfür notwendigen Halbfabrikate erzeugt, daß im Herstellungsgang verschiedener Dinge wichtige Zwischenstufen fehlen. So ist die englische Farbenindustrie jetzt hauptsächlich deshalb nicht imstande, den englischen Bedarf an Farben zu decken, weil sie bisher die für die Fabrikation notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate aus Deutschland bezogen und sich auf den letzten Abschnitt eines vielgliedrigen Herstellungsganges beschränkt hat. Ebenso fehlen der englischen Eisenindustrie jetzt vielfach die deutschen Halbzeuge, bei der Herstellung optischer Geräte fehlen die deutschen Gläser usw.

Mit diesen Ausführungen soll nun aber keineswegs einem Verzicht auf jede Art von Weltwirtschaft für Deutschland das Wort geredet werden. Deutschland kann, wenn es immer mächtiger werden, ja nur so mächtig bleiben will, wie es ist, nicht mehr ohne Teilnahme an der Weltwirtschaft auskommen,

wie Preußen vor 1864. Eine Weltmacht muß auch an der Weltwirtschaft teilnehmen. Was wir als Lehre aus den Erfahrungen in diesem Krieg entnehmen wollen, ist vielmehr dies: Die Verknüpfung Deutschlands mit der Weltwirtschaft darf nicht seinem staatlichen Dasein, auf das es ja doch wohl in erster und letzter Linie ankommt, gefährlich werden, darf künftig nicht mehr wie jetzt Angriffe geradezu herausfordern und eine Handhabe bieten, uns lebensgefährlich zu treffen, darf nicht die ewig bedrohte und immer zur Sorge Anlaß gebende Achillesferse Deutschlands sein. Noch war glücklicherweise, wie sich jetzt zu grimmiger Enttäuschung unsrer Gegner, besonders Englands, zeigt, in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands nicht der Zustand erreicht, der in der gegenwärtigen Lage tatsächlich die sichere Niederlage Deutschlands bedeutet hätte. Der Krieg ist für unsre Gegner auch in wirtschaftlicher Hinsicht einige Jahre zu früh gekommen. In wenigen Jahren vielleicht hätte sich Deutschland, wenn es in seiner Wirtschaft die bisherige Entwicklungsrichtung beibehalten hätte, tatsächlich in der Lage befunden, die unsre Gegner voraussetzten, als sie sich zum Krieg entschlossen.

Die Teilnahme Deutschlands an der Weltwirtschaft muß nach andern Gesichtspunkten als bisher orientiert werden. Nicht mehr das Ideal einer in ferner Zukunft vielleicht einmal möglichen Weltwirtschaft, auch nicht mehr private Interessen, die sich übrigens mit weltwirtschaftlichen oft decken, dürfen in erster Linie ausschlaggebend sein, sondern deutsch-nationale Notwendigkeiten; mit andern Worten: die Nationalwirtschaft ist wichtiger als die Weltwirtschaft; oder noch anders: wir haben Weltwirtschaft nur als Erweiterung, als Fortsetzung, als Ausbau unsrer Nationalwirtschaft zu treiben, so daß es für uns eine eigentliche Weltwirtschaft in dem eingangs angeführten Sinn überhaupt nicht gibt, sondern nur eine Volkswirtschaft, die über die Grenzen des eigenen Landes hinaus wirtschaftliche Beziehungen mit der übrigen Welt unterhält; Beziehungen, die nicht mehr wie bisher in erster Linie nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern nach nationalen Notwendigkeiten geregelt und ausgebaut werden.

Die gleiche Anschauung hat natürlich auch innerhalb der eigentlichen Volkswirtschaft, für die wirtschaftlichen Beziehungen der Volksgenossen unter sich, zu gelten. Auch hier dürfen nicht die rein wirtschaftlichen Interessen an erster Stelle stehen, sondern nationale. Insbesondere ist bei der Ausgestaltung der Gütererzeugung nach den Erfahrungen in diesem Kriege darauf zu achten, daß die Volkswirtschaft soweit selbständig und von der Weltwirtschaft, d. h. von andern Volkswirtschaften, unabhängig bleibt, daß sie in Lagen wie der gegenwärtigen zur Not einige Jahre für sich allein bestehen kann.

Auf e i n e m Gebiete des Wirtschaftslebens, nämlich in der Ernährungsfrage, scheint diese Ansicht infolge des Krieges denn auch allgemein durchgedrungen zu sein. Hier wird wohl nirgends mehr bestritten, daß es für Deutschland durchaus richtig war, eine Landwirtschaft zu erhalten, die zur Not imstande ist, die Bevölkerung zu ernähren, und zwar zu erhalten auf Kosten der Verbraucher, die bei schrankenloser Teilnahme an der Weltwirtschaft niedrigere Lebensmittelpreise zu zahlen gehabt hätten. Hier wird es als durchaus richtig anerkannt, daß das Volk, in diesem Falle das verbrauchende, gewisse wirtschaftliche Opfer zu bringen habe, um seine staatliche Machtstellung zu erhalten, also daß auch das Wirtschaftsleben nicht nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt werden darf.

Was für die Ernährungsfrage gilt, muß sinngemäß auch für alle andern Gebiete des Wirtschaftslebens, insbesondere auch für die industrielle Betätigung gelten. Auch diese darf vorläufig ebensowenig wie die Ernährung auf einen schrankenlosen Weltverkehr gestellt oder nach rein wirtschaftlichen Interessen bestimmt, sondern muß zielbewußt so ausgestaltet werden, daß Wechselfälle wie dieser Krieg sie nicht lebensgefährlich zu schädigen vermögen. Es darf auch auf industriellem Gebiet nicht bloß gefragt werden: was ist die einträglichste Betätigung, und wo verspricht ein Absatz den größten Nutzen, sondern es muß heißen: welche Betätigung innerhalb der nationalen Notwendigkeiten ist am nutzbringendsten, welches Absatzgebiet ist bei Berücksichtigung der nationalen Interessen am vorteilhaftesten? Nationale Notwendigkeiten und Interessen müssen auch hier, wie in der Ernährungsfrage, an erster Stelle stehen. Hierbei fährt übrigens letztes Endes auch das Privatinteresse am besten; denn was wäre wohl das künftige Schicksal unserer Industrie, wenn sich Deutschland infolge Außerachtlassung nationaler Notwendigkeiten bei der Entwicklung seines Wirtschaftslebens jetzt bedingungslos seinen Feinden unterwerfen müßte!

Das war, wenn auch unausgesprochen, der Leitgedanke meiner Ausführungen über „Die Aufgaben der deutschen Industrie aus Anlaß des Krieges“ im Februarheft der „Technik und Wirtschaft“, die teils rückhaltlose Zustimmung, teils jedoch Widerspruch gefunden haben, einen Widerspruch, der, wie mir scheint, im Grunde auf einer andern Auffassung vom Verhältnis zwischen Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft beruht, als ich sie hier vertreten habe.

Aus solcher Überzeugung heraus forderte ich, daß die deutsche Industrie vor allem den Inlandmarkt, der ihr durch keinen Krieg gesperrt werden kann, möglichst vollständig erobern solle, und daß sie, wenn das geschehen sei, neue Ausfuhrgelegenheit in erster Linie, nicht ausschließlich, in solchen Ländern suchen solle, die zur Not auch zu Lande erreichbar seien, und auf die das politische Interesse des Deutschen Reiches hinweise, nämlich in den Balkanländern und in Vorderasien.

Gewiß ist es manchmal bequemer, einfache Massenwaren, rohe Webstoffe oder dergl., herzustellen und dem Auslande zu verkaufen, als gewisse hochwertige Erzeugnisse des Auslandes vom deutschen Markt zu verdrängen; und die Ausfuhr nach Südamerika ist vielleicht einträglicher als nach dem Balkan und der Türkei; aber Bequemlichkeit und rein wirtschaftliche Interessen dürfen, wie gesagt, nicht allein maßgebend sein. Übrigens dürften diese Vorteile auch keineswegs immer bestehen bleiben. Die Zeit erscheint nicht mehr allzu fern, wo die Ausfuhr geringwertiger Massenwaren aus Deutschland nur noch sehr wenig einträglich sein wird, wo diese Dinge in den Verbrauchsländern selbst oder von Industrievölkern zweiten Ranges, wie Japanern, Russen und andern, billiger hergestellt werden können als von deutschen Arbeitern. Und die Ausfuhr nach dem Balkan, der Türkei und auch nach Persien braucht keineswegs immer so unbedeutend zu bleiben, wie sie heute ist, wird sich vielmehr durch geeignete Maßnahmen noch außerordentlich steigern lassen; ist doch die Einwohnerzahl dieser Länder ungefähr ebenso groß wie z. B. die Südamerikas, je etwa 50 Millionen, und ihr natürlicher Reichtum keineswegs gering.

Damit soll nicht einem Verzicht auf die bisher gewonnenen überseeischen Absatzgebiete das Wort geredet werden. Einmal Erarbeitetes soll festgehalten

und, wenn während des Krieges verloren, wiedererobert werden. Aber wenn bei der Gewinnung dieser Absatzgebiete fast nur privatwirtschaftliche Interessen maßgebend waren, so sollen künftig für die Erweiterung der deutschen Ausfuhrgebiete gemäß den Erfahrungen in diesem Krieg in erster Linie nationale Interessen richtungweisend sein. Wie wir im Inlande gewisse Zölle, also wirtschaftliche Nachteile, in den Kauf nehmen, um bestimmte nationale Interessen zu fördern, so müssen wir für diese nationalen Interessen auch bei unserm Geschäft mit dem Ausland Opfer zu bringen vermögen. Adolf Wagner hat das Wort gesprochen, das nach meiner Überzeugung für Deutschlands Wirtschaftspolitik jetzt und nach dem Kriege maßgebend sein sollte: Lieber etwas weniger reich und dafür so stark wie möglich!

Es wird allerdings Sache unsrer Regierung sein, durch geeignete Maßnahmen den deutschen Außenhandel in die erwünschte Richtung zu leiten und durch behördliche Unterstützung dafür zu sorgen, daß dem privatwirtschaftlichen Interesse diese Richtung ebenso vorteilhaft erscheint wie irgend eine andre. Die Erörterung solcher Maßnahmen muß hier, da sie über den Rahmen unsrer Ausführungen hinausgehen würde, unterbleiben.

Das gleiche Ziel, unsre Nationalwirtschaft so stark, selbständig und unabhängig wie möglich zu machen, verfolgten meine andern Vorschläge an der genannten Stelle. So, wenn ich besondere Anstrengungen wünschte, um die Gewinnung und Verarbeitung des Luftstickstoffes so zu vervollkommen, daß eine Einfuhr von Chilesalpeter nicht mehr notwendig ist, oder um einen künstlichen Ersatz für den eingeführten natürlichen Kautschuk, oder wenigstens teilweise einen künstlichen oder natürlichen Ersatz für gewisse Webstoffe zu schaffen.

Weiter wäre es aus dem gleichen Grunde sehr erwünscht, wenn sich die deutsche Industrie nach Möglichkeit auf solche Rohstoffe einstellte, die wir im eigenen Lande haben oder künftig ohne besondere Schwierigkeiten auch in einem Kriege wie dem jetzigen erhalten können. Es wäre also eine noch umfangreichere Entwicklung der deutschen chemischen und der Eisenindustrie gegenüber etwa der Baumwollindustrie zu befürworten. Und die Maschinen- und Instrumentenindustrie sollte darnach trachten, das Kupfer in ihren Erzeugnissen nach Möglichkeit durch anderes Material zu ersetzen. Daß das weit öfter möglich ist, als man bisher allgemein geglaubt hat, zeigt sich jetzt, wo z. B. Kupfer vielfach durch Stahl oder verkupfertes Eisen ohne Schaden ersetzt werden konnte. Sogar bei der Geschossherstellung, auf die doch jetzt sehr viel ankommt, ist Kupferblech in großem Umfang durch hochwertiges Eisen ersetzt worden. Auch elektrische Leitungen hat man für kleinere Querschnitte, wo es weniger auf die Leitfähigkeit als auf ausreichende mechanische Festigkeit ankommt, aus Eisen anstatt wie bisher aus Kupfer hergestellt. Ein solcher Materialtausch ist, nachdem die Übergangsschwierigkeiten überwunden sind, tatsächlich oft ohne Nachteil möglich. Oft sind es nur Gewohnheit oder Bequemlichkeit oder gewisse in der Fabrikation liegende Übergangsschwierigkeiten, die bisher an Kupfer oder Bronze haben festhalten lassen; und es bedarf dann nur eines unerbittlichen Zwanges, wie er jetzt vorliegt, um diese Hemmnisse zu überwinden.

Sehr vermindert werden könnte der Verbrauch industrieller Rohstoffe auch, wenn die deutsche Industrie von der Herstellung minderwertiger Massen-

ware ganz absehen und immer mehr zur Erzeugung sogenannter Qualitätsware übergehen würde, wie ich ebenfalls bereits in meinem früheren Aufsatz gefordert habe. Sie könnte dann mit verhältnismäßig viel geringerem Materialverbrauch als heute ebenso große Verkaufs- und Ausfuhrwerte erzeugen wie heute; denn bei sogenannter Qualitätsware macht das Material im Vergleich zur Arbeit einen weit geringeren Anteil des Wertes aus als bei minderwertigen Waren. In einem Gewebe, das 10 M/m kostet, braucht nicht mehr Rohstoff enthalten zu sein als in einem andern, das noch nicht den vierten Teil kostet; oder in einer sehr vollkommenen Werkzeugmaschine, die 10 000 M kostet, nicht mehr als in einer andern, die nur die Hälfte kostet. Da die Erzeugung von Qualitätswaren an Stelle minderwertiger für Deutschland auch sonst noch wichtige Vorteile bietet, wie ich bereits an der genannten Stelle ausgeführt habe, so liegt sie also in hohem Maß im Interesse unsrer Nationalwirtschaft.

Nun hat aber die Beschränkung im Verbrauch solcher Rohstoffe, die wir einführen müssen, ihre Grenzen. In Deutschland hat sich nun einmal die elektrotechnische Industrie zu hoher Blüte entwickelt und damit ein großer Kupferverbrauch eingestellt, der immer eine erhebliche Einfuhr bedingen wird; ebenso können wir auf eine weitere Ausdehnung unsrer Textilindustrie kaum verzichten, geschweige denn eine Verminderung ins Auge fassen, so daß auch hier, bei aller Veredelung der Arbeit, immer noch ein gewaltiger Bedarf an Rohstoffen durch Einfuhr zu decken sein wird. Da gibt es nur eine Möglichkeit, die Arbeit der deutschen Industrie in Wechselfällen wie diesem Kriege zu sichern: Bezug der notwendigen Rohstoffe aus solchen Gebieten, die uns voraussichtlich durch keine fremde Gewalt gesperrt werden können. Und wieder wird da der Blick auf jene bereits genannten Gebiete im Südosten gelenkt, auf den Balkan und Vorderasien. Diese Länder, die künftig einen großen Teil unsrer Ausfuhr aufnehmen sollen, müssen uns auch künftig die Rohstoffe liefern.

Ein solches Tauschverhältnis ist auch deshalb notwendig, weil ein Land auf die Dauer nur kaufen kann, wenn es auch entsprechend verkaufen kann. Sollen jene Länder unsre Industrieerzeugnisse kaufen, so müssen wir ihnen dafür etwas andres abkaufen. Und da trifft es sich eben sehr günstig, daß jene Länder gerade das haben oder haben werden, was wir brauchen, nämlich Rohstoffe wie Kupfer, Baumwolle, Wolle, Seide, Hanf, Getreide, Reis, Erdöl, Nickel, Mangan, Silber und andere Erze. Alle diese Dinge werden in den Balkanländern, in der Türkei und Persien zum Teil bereits gewonnen, zum Teil können sie nach geeigneten Maßnahmen, wie Bau von Eisenbahnen, Errichtung von Bergwerken, Schaffung von Bewässerungsanlagen, in großer Menge gewonnen werden. Für den deutschen Unternehmungsgeist und Betätigungsdrang ist kaum eine stärker lockende Aufgabe denkbar als die wirtschaftliche Erschließung der genannten Gebiete; verspricht doch ihre Lösung nicht nur reiche materielle Gewinne, sondern auch eine außerordentliche Stärkung des deutschen Wirtschaftslebens und damit unsres deutschen Vaterlandes.

---

## ZUR FINANZIELLEN UND WIRTSCHAFTLICHEN LAGE DER TÜRKEI.

Von J. MENDEL, Berlin.

Die Türkei ist in den letzten Jahren auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet den gewaltigsten Wandlungen ausgesetzt gewesen. Nach einer 33-jährigen Friedenszeit, die nur 1897 von einem kurzen, aber glücklichen Feldzug gegen Griechenland unterbrochen worden war, wurde sie 1912 in den Balkankrieg verwickelt, der für sie mit der Lostrennung und dem Verlust politisch und noch mehr wirtschaftlich wichtiger Teile endigte. Während ihr europäischer Besitz vor dem Krieg 169 317 qkm betrug und rd. 6,13 Mill. Einwohner umfaßte, stellte er sich nach ihm auf nur noch 28 180 qkm mit rd. 1,89 Mill. Einwohnern; mithin wurden an die übrigen Balkanländer nicht weniger als 141 137 qkm, etwas mehr als der vierte Teil Deutschlands, mit rd. 4,24 Mill. Einwohnern abgetreten. Von dem bisherigen außereuropäischen Gebiet ist der Türkei mithin kaum ein Sechstel an Landfläche und kaum ein Drittel an Bevölkerung verblieben. Der gesamte Landbesitz der Türkei verringerte sich damit von 1 936 117 qkm auf 1 794 980 qkm oder um 6,3 vH. Die Einwohnerzahl dürfte sich heute nach Schätzungen auf 21,6 Mill. gegen 23 Mill. vor dem Kriege stellen, da ein großer Teil der Bewohnerschaft der verloren gegangenen Gebiete unter Abzug der im Krieg oder infolge seiner Wirkungen Umgekommenen in die der Türkei verbliebenen Gebiete abgewandert ist.

Die angeführten Einwohnerziffern geben jedoch nur angenähert ein richtiges Bild; sie beruhen teils auf Schätzungen, teils auf einige Jahre zurückliegenden Zählungen. Will man den wirtschaftlichen Verlust der Türkei durch den Balkankrieg abschätzen, so hat man sich zu vergegenwärtigen, daß die Vilajets Saloniki, Monastir, Kossovo, Skutari, Janina losgelöst worden sind, d. h. die schon im Altertum durch ihren wirtschaftlichen Wert ausgezeichneten Landesgebiete Albanien, Mazedonien, Thrazien. Landwirtschaftlich wertvolle, durch Getreidebau, Seidenzucht, Mohn- und Tabakkultur, ferner durch Erzreichtum ausgezeichnete und gut aufgeschlossene Gebiete hat die Türkei verloren, Sitze einer nicht unbedeutenden Fabrikindustrie und wichtige Handelsgebiete, wie z. B. Saloniki. Es steht dahin, wie weit es den siegreichen Balkanvölkern gelingen wird, diese wirtschaftlichen Werte zu erhalten und zu mehren; daß die Aufgabe nicht leicht ist, zeigt der gegenwärtige Verfall Salonikis, das die türkische Bevölkerung zum großen Teil verlassen hat. Der wirtschaftliche Wert der europäischen Türkei war sehr hoch zu veranschlagen, wenn er allerdings auch durch die politischen Unruhen vielfach gelitten hat. Die heutigen Reste des europäischen Gebietes treten aber wirtschaftlich jetzt ganz gegen den asiatischen Besitz zurück, der den Ausschlag geben muß, während die europäischen Vilajets Konstantinopel, Adrianopel und Tschataldscha politisch noch deshalb bedeutend sind, weil Konstantinopel mit seinen 1,2 Mill. Einwohnern nach wie vor die Hauptstadt, den Sitz der Regierung und dank seiner einzigartigen wirtschaftsgeographischen Lage im Weltverkehr das Bindeglied für den Handelsverkehr zwischen Ost und West darstellt und den Verteilpunkt für viele Waren, freilich mit internationalem, nicht rein türkischem Charakter, abgibt. Damit soll aber keineswegs die Bedeutung anderer

wichtiger Häfen und Eingangspforten im Verkehr mit dem Auslande, wie Smyrna, Aleppo, Beirut, Trapezunt, Basra, gering geschätzt werden.

Die rasche wirtschaftliche Erschließung der vielfach stark vernachlässigten Asiatischen Türkei ist die Aufgabe der türkischen Regierung, sollen die wirtschaftlichen Ertragnisse die hinsichtlich ihrer Bevölkerungszahl nicht allzusehr gegen früher zurückstehende Türkei auf der bisherigen Höhe halten. Leider hat kaum ein Jahr nach dem Abschluß des Friedens mit den Balkanstaaten die Verwicklung in den europäischen Krieg die Türkei erneut auf ganz gewaltige Belastungsproben gestellt. Aber abgesehen davon liegen noch andere große Hemmnisse vor. Die Türkei zehrt noch immer an den Sünden vergangener Jahrzehnte, an den Folgen einer ebenso gewissenlosen wie unverständigen Finanzpolitik. Die heutige Finanzwirtschaft ist, nachdem der wirtschaftliche und finanzielle Zusammenbruch der 70 er Jahre des vergangenen Jahrhunderts international geregelt worden war, in sich gesund. Die Schuldzinsen werden seit Anfang der 80 er Jahre regelmäßig und pünktlich bezahlt, die neu aufgenommenen Anleihen sind durch gute Garantien durchaus sichergestellt. Auch der jetzige Krieg wird an dem geregelten Schuldendienst kaum rütteln, wenn auch die für die Zahlung der Zinsen und die Tilgung verpfändeten Einkünfte spärlicher als bisher fließen werden. Aber die Schuldenlast der Türkei ist sehr groß, bedeutende Teile der Einkünfte an Zöllen, Monopolen, Steuern sind für den Anleiheendienst bestimmt, und der Anteil der dafür verwandten Mittel an den gesamten Ausgaben des Staatshaushaltes ist sehr hoch. Einige Zahlen mögen dies erläutern. Die gesamten auswärtigen konsolidierten Schulden der Türkei betragen Anfang des Finanzjahres 1914/15 129,6 Mill. LT <sup>1)</sup>, dazu treten schwebende Verpflichtungen der alten und neuen Regierung in Höhe von rd. 50 Mill. LT einschließlich der im Kriegsjahr 1913 aufgenommenen Schulden von etwa 8 Mill. LT. Anfang 1914 wurde in Paris eine Anleihe von 500 Mill. Fr, etwa 22 Mill. LT, aufgenommen. Somit stellt sich die Schuldenlast der Türkei heute auf insgesamt 200 Mill. LT, ohne daß in diesen Anleihe-summen die gesamten Kriegskosten des Balkankrieges liegen, die ebenfalls nur auf dem Weg einer Anleihe aufzubringen sind. Der Anleihebedarf aus dem Balkankriege wurde auf 70 Mill. LT geschätzt, wovon durch die obige französische Anleihe von 22 Mill. LT erst ein Drittel bestritten worden ist. Eine geplante, sich an die 500 Mill. Fr-Anleihe anschließende zweite Anleihe von 300 Mill. Fr ist infolge des Ausbruches des europäischen Krieges nicht mehr zustande gekommen. Wenn nun auch in den türkischen Anleihen einige werbende, produktive Kapitalien mit enthalten sind, wie z. B. die drei Bagdadbahn-Anleihen und die Orientbahn-Anleihe mit zusammen 13 865 214 LT sowie die Anleihen der Soma-Panderma- und Hodeida-Sanaah-Bahn, so bedeutet andererseits der überwiegende Teil der Anleihen doch nur eine dauernde Zinslast. Wie stark der Staatshaushalt durch Anleihen belastet wird, geht daraus hervor, daß im Finanzjahr 1913/14 in der Summe von 39 357 800 LT für den Dienst der Dette publique, die den größten Teil des auswärtigen Schuldendienstes verwaltet, nicht weniger als 12 054 528 LT oder 30,6 vH erforderlich waren, wozu noch Ausgaben des Finanzministeriums in Höhe von 2 695 952 LT treten. Nur Heer und Flotte erfordern mit 14 554 950 LT etwas höhere Ausgaben als der

<sup>1)</sup> 1 Livre Turc = 18,37 M.



Anleihendienst. Wenn sich nun auch der Dienst aller von der Türkei aufgenommenen Anleihen in den letzten Jahrzehnten immer glatt abgewickelt hat, da der Betrag der Pfänder weit über das eigentliche Erfordernis hinausgeht, so daß er der Regierung noch einen Überschuß zur Verzinsung und Tilgung anderer, nicht der Dette publique unterstellter Anleihen und sonstiger Verpflichtungen zur Verfügung stellen kann, so darf man doch nicht vergessen, daß durch eine Getreide-, Frucht- und Viehsteuer, durch eine Seiden- und Tabaksteuer, die meist in Form des Zehnten mit gewissen Zuschlägen (bis zu  $12\frac{1}{2}$  vH) in den meisten Vilajets erhoben werden, zum Teil auch, um abgesehen von den eigentlichen Anleihen die kilometrischen Bahngarantien (mittelbare Anleihen) zu schaffen, die Wirtschaft der Türkei ohnehin sehr schwer belastet ist.

Von den einzelnen Ländern, die die Türkei mit Geldmitteln unterstützt und ihre Anleihen finanziert haben, trat geschichtlich zuerst England auf den Plan, das sich aber nach dem Staatsbankrott 1875 wesentlich zurückhaltender zeigte. Dann übernahm und behauptete Frankreich die Führung im türkischen Anleihewesen; auch Belgien hat große Summen in türkischen Wertpapieren angelegt. Erst später trat Deutschland hervor, dessen Beteiligung als Geldgeber der Türkei ständig zugenommen hat. Nach einer Aufstellung der Dette publique Ottomane besaß 1881 Frankreich 35,72 Mill. LT oder 38,9 vH aller türkischen Staatspapiere, England 26,62 Mill. LT = 28,9 vH, die Türkei 7,28 Mill. LT = 7,9 vH, Holland 6,97 Mill. LT = 7,2 vH, Belgien 6,61 Mill. LT = 7,6 vH, Deutschland nur 4,32 Mill. LT = 4,7 vH, Italien 2,41 Mill. LT = 2,6 vH, Österreich-Ungarn 0,89 Mill. LT = 0,9 vH. Ende 1898 hatte sich das Bild völlig geändert, indem England an die vierte Stelle zurückgetreten, Deutschland an die dritte Stelle gerückt war. Damals besaß Frankreich 35 Mill. LT = 44,9 vH, Belgien 14 Mill. LT = 17,9 vH, Deutschland 9,50 Mill. LT = 12,1 vH, England 8,50 Mill. LT = 10,9 vH, die Türkei selbst 5 Mill. LT = 6,4 vH, Holland 3,50 Mill. LT = 4,5 vH, Österreich-Ungarn 1,50 Mill. LT = 1,9 vH, Italien 1 Mill. LT = 1,3 vH. Für Ende des Jahres 1912 berechnete Helfferich den Besitz an türkischen Staatspapieren und Türkenlosen sowie kurzfristigen Vorschüssen für Frankreich auf insgesamt 80,5 Mill. LT = 37 vH, für Deutschland auf 29 Mill. LT = 20 vH. In diesem Besitz ist jedoch nicht die Beteiligung Deutschlands an Eisenbahnen und andern industriellen Werten enthalten. Zieht man auch diese Anlagen in Betracht, so ist in der Zeit von 1878 bis 1898 das deutsche Unternehmerkapital von 40 auf 225 und Ende 1912 auf mindestens 450 Mill. M gestiegen. Da sich zu gleicher Zeit die Beteiligung Deutschlands an der türkischen Staatsschuld auf 29 Mill. LT = 535 Mill. M stellte, so kann man die gesamten Kapitalanlagen Deutschlands auf etwa 1 Milliarde M veranschlagen, während die gesamten Kapitalinteressen Frankreichs an der türkischen Staatsschuld und an Industrie- und Handelsunternehmungen (Eisenbahnen, Banken) auf etwa  $1\frac{1}{2}$  Milliarden M anzunehmen sind.

Die Asiatische Türkei hat sechs große, sehr verschiedenwertige Ländergebiete, nämlich Anatolien (Kleinasien), Armenien, Kurdistan, Syrien, Mesopotamien und Arabien, sowie einige Inseln. Anatolien ist der wirtschaftlich wertvollste und am weitesten fortgeschrittene Teil mit reichen Getreide- und Fruchtkulturen, mit großen Kohlen- und Mineralschätzen, die man freilich zu heben noch nicht einmal begonnen hat. Für den Getreide- und Baumwollanbau

ist aber auch Syrien geeignet, das ebenfalls den Zuckerrohranbau pflegen könnte und weiter reiche Bodenschätze birgt. Freilich hat Syrien die wirtschaftliche Bedeutung, die ihm im Altertum als einer Kornkammer Roms und Byzanz' zukam, unter türkischer Herrschaft nie wieder erlangt. Auch Arabien hat wenn auch stark von Wüsten unterbrochene fruchtbare Landstriche; einzigartig aber sind die mineralischen Schätze Mesopotamiens, das, richtig landwirtschaftlich bebaut, ebenfalls die reichsten Erträge an Getreide usw. liefern könnte. Armeniens Bodenschätze sind gleichfalls ebenso bekannt wie unzulänglich ausgewirtschaftet. Die nicht ertragreichen Gebiete abgerechnet, könnte allein der fruchtbare Boden in der Asiatischen Türkei an 150 Mill. Menschen bequem ernähren, während heute wenig mehr als der siebente Teil dort ein mühseliges und dürftiges Leben führt.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Asiatischen Türkei ist eng mit dem Bahnbau verknüpft. Diesen Bahnbau hat die Türkei nicht mit eigenen Mitteln, sondern mit fremdem Kapital und fremder Intelligenz in die Wege leiten müssen. Gerade hier hat sich in den früheren Jahrzehnten ihre politische und wirtschaftliche Schwäche und Ohnmacht offenbart. Auf die Geschichte des Bahnbaues soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden; es soll nur der augenblickliche Stand des türkischen Eisenbahnwesens berührt werden, soweit er für das Verständnis des Wirtschaftslebens in Betracht kommt. Das Hauptnetz, das die Asiatische Türkei im wesentlichen von Nordwesten nach Südosten durchquert, Konstantinopel mit Bagdad verbindet und von dort nach dem Persischen Golf strebt, bilden die Anatolische Eisenbahn (mit ihren Teilstrecken Arifio-Adabazar, Eski-Schehir-Konia und Haidar-Pascha-Angora) und die in Konia daran anschließende Bagdadbahn mit den dazugehörigen Bahnen Adana-Tarsos-Mersina und Amanos-Alexandrette. Ein zweites Bahnnetz im westlichen Kleinasien wird einmal durch die Smyrna zum Mittel- und Ausgangspunkt nehmenden Bahnen Smyrna-Kassaba und Smyrna-Aidin gebildet, die aber in den letzten Jahren durch anschließende Bahnen, von denen die Bahnstrecke Kassaba-Afiun-Karahissar im letzten Orte die Anatolische Bahn berührt, stark erweitert worden sind. Parallel zum nordsüdlich verlaufenden ersten Teil der Anatolischen Bahn Ismid-Eski-Schehir-Afiun-Karahissar verläuft weiter im Westen Kleasiens die Soma-Panderma-Bahn, die in Magnesia an die Smyrna-Kassaba-Bahn anschließend zu ihrem System gehört. In Syrien besteht heute die aus mehreren Abschnitten und Bahngesellschaften hervorgegangene Damas-Hama-Bahn, die in Aleppo an die Bagdadbahn anschließt. Sie sendet Zweige oder Zufahrtstraßen nach dem Meer von Homs nach Tripolis und von Rajak nach Beirut. Auf die Geschichte dieses aus mehreren getrennten Bahnen hervorgegangenen Netzes soll hier ebenfalls nicht eingegangen werden. An das Netz der Damas-Hama-Bahn schließt in Damaskus die Hedschasbahn an, die zunächst parallel mit dem Endstück Damaskus-El Muzerib der Damas-Hama-Bahn nach Derat verläuft, dann weiter über Maan nach Medina geführt ist und nach Mekka verlängert werden soll. Nebenbahnen bilden die in Derat zum Meer über Nablus nach Haifa führende Linie Derat-Haifa und die nach Osten entgegengesetzt abzweigende Bahn Derat-Bosra. Über Mekka hinaus soll dann die Hedschasbahn durch Arabien bis nach Sanaah laufen, wo dann die heute schon erbaute Bahn Hodeida-Sanaah anschließt. Endlich nennen wir noch die Bahn Jaffa-Jerusalem. Die Beteiligung des ausländischen Kapitals

am türkischen Bahnbau wird durch die folgende Übersicht erläutert. Zu bemerken ist, daß auch fremdes Kapital an den deutschen Unternehmungen mit teilgenommen hat.

Deutsches Kapital:

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Anatolische Eisenbahn<br>(1032 km) | } Aktienkapital: 135 Mill. Fr nach Tilgung von Aktien 1913 noch<br>133861000 Fr = 5889884 LT<br>Obligationen: 215365138 Fr = 9476066 LT  |
| Bagdad-Bahn<br>(1055 km)           |  |
|                                    | Aktienkapital: 15 Mill. Fr = 660000 LT   |
|                                    | Obligationen: Staatsunterstützung, erhalten in 4prozentigen Obligationen der Bagdadbahn-Anleihe, 3 Serien (abzüglich der getilgten Stücke) im ganzen 279276630 Fr = 12288171 LT.<br>Die Obligationen der dritten Serien waren mit 118896000 Fr = 5231424 LT noch im Portefeuille der Bahn. |

Englisches Kapital:

|                                      |   |
|--------------------------------------|---|
| Smyrna-Aidin Railway Co.<br>(610 km) | } Aktienkapital: 1800000 £<br>Obligationen: 3360000 £ |
|                                      |   |

Französisches Kapital:

|  |   |
|--|---|
| Smyrna-Cassaba und Verlängerung<br>einschl. Soma-Panderma (436 km) | } Aktienkapital: 13500000 Fr zuzüglich<br>250000 Fr Gründeranteile<br>Obligationen: 70 Mill. Fr |
| Société Damas Hama und Zweiglinien<br>(1226 km)                    |   |
| Société du chemin de fer Palestine                                 | } Aktienkapital: 4000000 Fr<br>Obligationen: 10000000 Fr  |

Belgisches Kapital:

|                             |   |
|-----------------------------|---|
| Eisenbahn<br>Mudania-Brussa | } Aktienkapital: 500000 Fr zuzüglich 500000 Fr Gründeranteile<br>Obligationen: 5000000 Fr |
|-----------------------------|---|

Türkische Staatsbahnen sind die Hedschasbahn (mit Zweigbahnen und Verlängerungen), 1535 km, und die Smyrna-Cassaba-Bahn (altes Netz), 266 km; letztere ist an eine französische Gesellschaft verpachtet. Alle Bahnen umfassen 5765 km, davon entfallen auf die deutsche Kapitalgruppe 2087 km oder 36,2 vH.

Die oben erwähnte Mersina-Tarsus-Adana-Bahn, die heute betriebstechnisch und finanziell zum Anatolien-Bagdad-Konzern gehört, war ursprünglich eine englische Bahngesellschaft (Tarsus-Taurus and Adana Railway, Aktienkapital 165000 £, Obligationen 211850 £), die vielfach saniert werden mußte. 1906 ging der Betrieb der Bahn, die durch den Wettbewerb der Bagdadbahn bedroht wurde, auf die Anatolische Bahn über, die die Mehrheit der Stamm- und Vorzugsaktien und Obligationen erworben hat und seit 1910 die Verzinsung und Tilgung der Obligationen sowie den Vorzugs- und Stammaktien eine Dividende von 6 bzw. 3 vH gewährleistet. Den Bestand an Obligationen und Vorzugsaktien, die bisher im Besitz der Anatolischen Bahn waren, erwarb von dieser die Bank für Orientalische Eisenbahnen, während die Anatolische Bahn noch die Stammaktien besitzt, die in ihrer Bilanz 1913 mit 1070804 Fr zu Buch stehen. Die Bank für Orientalische Bahnen führt 1914 2038960 Fr Obligationen und 946520 Fr Vorzugsaktien auf. In der Bilanz der Adana-Mersina-Bahn

besteht ein Aktienkapital von 242 358 LT und ein Obligationskapital von 199 760 LT. Finanziell gut haben nur die deutschen und englischen Bahnunternehmungen gearbeitet, während die französischen sehr an Erfolgen zu wünschen übrig lieben.

Der Eisenbahnbau in der Asiatischen Türkei hat, so klein auch das Netz heute noch sein mag — es umfaßte nach der Statistik 1911 in Kleinasien 2372, in Syrien und Arabien 2294 km —, doch die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich gefördert, wie andererseits eine aufblühende Landwirtschaft die Erträge des Bahnbaues wirtschaftlich gestaltet hat. Die Anatolische Bahn hat in den letzten Jahren die kilometrische Garantie der türkischen Regierung nicht nur nicht mehr in Anspruch zu nehmen brauchen, sondern die Regierung erhielt von der Bahn 1913 noch einen Betrag von 546 061 Fr. Faßt man diejenigen türkischen Bahnen zusammen, für die die Regierung überhaupt Kilometergarantien zu leisten hatte, so ergibt sich eine dauernde Abnahme der zu zahlenden Garantien, die sich im Finanzjahr 1913/14 nur noch auf 238 041 LT stellten gegen 341 387 LT 1912/13, 404 317 LT 1911/12, 528 917 LT 1910/11 und 748 910 LT 1909/10. In diesen Summen sind übrigens für die Jahre vor 1913/14 noch die Garantien der europäischen Bahn Saloniki-Konstantinopel mit 129 628, 141 983, 158 323 und 209 389 LT enthalten. Freilich wird ein Neubau von Strecken, die in den ersten Jahren unwirtschaftlicher arbeiten, diese Beträge noch zeitweise wieder erhöhen müssen. Die Bruttoeinkassierungen auf die den Bahnen verpfändeten Zehnten gehen weit über die tatsächlich zu zahlenden Kilometergarantien hinaus.

Der Ackerbau wird in der Asiatischen Türkei, obwohl er durch den bereits erwähnten Zehnten einen großen Teil der Staatseinnahmen sicherstellt, noch heute in ziemlich ursprünglicher Form betrieben. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist aber so groß, daß er schon heute reiche Erträge liefert, die bei wirtschaftlicher Behandlung des Bodens noch um ein Vielfaches gesteigert werden könnten. Besondere Verdienste um die Förderung der Landwirtschaft hat die Anatolische Eisenbahn durch den Vertrieb landwirtschaftlicher Maschinen in den von ihr berührten Landstrecken gehabt. Auch die Regierung sucht durch Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte im Ausland und ihre Verteilung auf die einzelnen Vilajets die Landwirtschaft zu unterstützen. Von Sachverständigen wird das aber nicht als genügend erachtet, vielmehr die Schaffung von Musterwirtschaften für Ackerbau und Viehzucht und Heranziehung von ausländischen Fachleuten zur Leitung gefordert, die in erster Linie ein reiches Betätigungsfeld auf dem Großgrundbesitz des Staates und der Kirche hätten. Die Bauernbevölkerung leidet stark unter dem Zehnten, der von der Regierung vielfach an geschäftskundige meistbietende Private verpachtet wird, die die des Lesens und Schreibens unkundigen Bauern nicht selten übervorteilen, so daß diesen oft nur 30 vH und noch weniger von der Ernte verbleiben. Einen wertvollen Zuwachs hat die türkische Landwirtschaft durch die aus den verlorenen europäischen Provinzen zugewanderten und in Anatolien angesiedelten Familien erhalten, die immerhin die Kenntnisse einer neuzeitlichen Landwirtschaft dorthin mitbrachten. Eine Entlastung der Bauern, wie sie kürzlich durch die Aufhebung der europäischen Kapitulationen (die u. a. in Steuerfreiheit der Fremden, Bindung des Zolles und ausländischem Postdienst bestanden hatten), stärkere Besteuerung der städtischen Bevölkerung, Erhöhung des Einfuhrzolles

von 11 auf 15 vH angebahnt worden ist, wird die türkische Landwirtschaft allmählich gesunden lassen. Freilich ist es damit allein nicht getan, wenn nicht die Gleichgültigkeit der Großgrundbesitzer, die Waldausrottung usw. aufhört. Die Steigerung des Zehntenertrages in den letzten 20 Jahren ist übrigens schon in den von den Bahnen berührten Vilajets unverkennbar. Die Bahnen schaffen den Bauern, die sonst nur für ihre Bedürfnisse arbeiten würden, einen großen auswärtigen Markt für ihre Landeserzeugnisse. Allerdings bleibt der Menschenmangel, an dem die türkische Landwirtschaft in vielen Gebieten, besonders in Mesopotamien, krankt, und der nur durch natürliche Bevölkerungsvermehrung, planmäßige Ansiedelung, Ergänzung und teilweisen Ersatz der Menschenarbeit durch Einfuhr von Maschinen behoben oder ausgeglichen werden kann, eine schwierige Frage, die aber vielleicht gerade durch den gegenwärtigen Krieg, der viele indische und ägyptische Mohammedaner in die Türkei führt, neuerdings gelöst wird; letzteres entspricht übrigens einem Vorschlag, den schon früher England, freilich mit politischen Hintergedanken, gemacht hatte.

Für die ausgiebige Bodenbewirtschaftung spielt auch die Bewässerungsfrage keine geringe Rolle. In der Ebene von Konia wurde mit Hilfe deutschen Kapitals und deutscher Ingenieurkunst ein Gebiet von 50 000 ha durch Bewässerungsanlagen der landwirtschaftlichen Kultur erschlossen. In Mesopotamien werden ähnliche in Aussicht oder in Vorbereitung genommene Anlagen, die gleichfalls jetzt mit deutschem Kapital und deutscher Arbeitskraft durchgeführt werden dürften, die bisherigen Ertragnisse um ein Vielfaches steigern können. Hier kommt ein Bewässerungsgebiet von vorläufig etwa 1 Mill. ha in Frage. Endlich ist ein dritter Bewässerungsplan für 500 000 ha in der kilikischen (Adana-) Ebene mit Unterstützung deutschen Kapitals im Auftrage der türkischen Regierung studiert worden. Handelt es sich bei den beiden erstgenannten Plänen um Getreide- und Baumwollanbau und um Steigerung der Viehzucht, so will man in Kilikien vorwiegend Baumwolle kultivieren, womit schon ohne künstliche Bewässerung in den letzten Jahren durch vermehrten Anbau gute Fortschritte erzielt worden sind. Während Deutschland auf das türkische Getreide nicht ohne weiteres angewiesen zu sein braucht, liegen die Verhältnisse für Schafwolle und Baumwolle wesentlich anders. Hier heißt es, uns tatsächlich von England und seinen Kolonien und von den Vereinigten Staaten unabhängiger als bisher zu machen. An den erwähnten landwirtschaftlichen Plänen sind vor allem die Anatolische und Bagdad-Bahn, die von ihr begründeten landwirtschaftlichen Tochtergesellschaften, die Bahnbaugesellschaft Philipp Holzmann & Co., Frankfurt a. M., sowie die Deutsch-Levantinische Baumwollgesellschaft hervorragend beteiligt, nicht zu vergessen die Deutsche Bank.

Über den Umfang der landwirtschaftlichen Kulturen ist zu bemerken, daß nach englischen Angaben etwa 6,65 Mill. ha unter Kultur standen, darunter waren 5,5 Mill. ha mit Getreide bestellt, 191 000 ha mit Früchten und sonstigen Gewächsen, 315 000 ha mit Baumwolle, Flachs und 490 000 ha mit Weinstöcken. Die gesamte türkische Weizenernte erreichte 1911 eine Höhe von 164 979 000 bushel<sup>2)</sup>, an Gerste wurden 119 903 600 bushel geerntet, an Hafer 20 995 400, an Roggen 17 939 000, an Mais 33 339 700

<sup>2)</sup> 1 bushel = rd. 27,2 kg Weizen, 25,4 kg Mais und Roggen, 21,8 kg Gerste und 14,5 kg Hafer.

bushel. Auf die Asiatische Türkei entfielen 145 519 000 bushel Weizen, 106 271 000 bushel Gerste, 14 456 000 bushel Hafer, 12 093 700 bushel Roggen und 18 856 200 bushel Mais. Diese Zahlen zeigen recht anschaulich, was der Türkei an fruchtbaren Landstrichen in Mazedonien und Thrazien verloren gegangen ist. Die türkischen Tabakkulturen in Mazedonien (Xanthi, Serres, Cavalla) sind gleichfalls an Bulgarien oder Griechenland gefallen; dagegen wird man versuchen, den Tabakanbau in Anatolien, im Gebiete von Trapezunt, Samsun, Ismidt um so ertragreicher zu gestalten. Die Tabakernte hatte 1912 im ganzen Reich ein Erträgnis von 47 Mill. kg gegen 69 bzw. 67 Mill. kg in 1911 bzw. 1910. Ausgeführt wurden 1913 41,8 Mill. kg. Davon entfielen fast 22 Mill. kg auf die europäischen, jetzt in Händen der Balkanstaaten befindlichen Gebiete.

Die Baumwollgewinnung hat sich namentlich in der kilikischen Ebene sehr gehoben, und demgemäß haben sich auch die Erträgnisse vermehrt. 1904/05 wurden 45 200 Ballen (zu 200 kg), 1911/12 bereits 100 000 Ballen geerntet. Man hofft es hier bis auf 500 000 Ballen Ernte zu bringen. Die weiteren Baumwollanbaugebiete sind Smyrna (in den letzten Jahren 35 000 bis 40 000 Ballen), Aleppo (12 000 bis 15 000 Ballen), Armenien (2500 Ballen). Der Anbau von Baumwolle in Mazedonien brachte es nur auf 3000 Ballen. Die gesamte asiatisch-türkische Baumwollernte kann man auf jährlich etwa 200 000 Ballen mit guter Aussicht auf weitere Steigerung ansetzen.

Auf die Gefahr der Entwaldung ist schon oben hingewiesen worden. In der Asiatischen Türkei sind etwa 7,1 Mill. ha unter Waldkultur. Auf die Europäische Türkei entfielen vor dem Balkankrieg etwa 1,4 Mill. ha. Gegenwärtig dürften die Waldungen höchstens 5 vH der Gesamtfläche des Osmanischen Reiches betragen. Es herrscht ein Bestand von Fichten, Lärchen, Tannen, Eichen, Buchen und Zedern vor. Mit der Seidenzucht im Zusammenhang stehen ausgedehnte Maulbeeranpflanzungen sowohl in der ehemaligen Europäischen Türkei wie in der Asiatischen, besonders den anatolischen und syrischen Gebieten. Hier hat ein unbeschränkter Waldraubbau eingesetzt, der die allerschwersten Schädigungen jeglicher Art im Gefolge haben muß, wenn er nicht rechtzeitig gehemmt wird. (Schluß folgt.)

---

## **DIE VERTRUSTUNG DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG.**

Von C. MATSCHOSZ.

Die Technik hat die Mittel geschaffen, die zu einer Monopolisierung des öffentlichen Nachrichtenwesens führten. Welch ungeheure Macht auf diesem Weg in die Hände einzelner Menschen gekommen ist, die, nicht gebunden durch irgendeine Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit, die planmäßige Beeinflussung ganzer Volksmassen ihren eigenen Interessen rücksichtslos dienstbar machen, sehen wir heute bei unsern Feinden. Ihnen ist es gelungen, durch unzählige, von Haß durchwirkte Lügen die normalen Verstandesfunktionen ganzer Bevölkerungsmassen der verschiedensten Bildungsstufen in solch krankhafte Erregung zu versetzen, daß sie jetzt auch das Unmöglichste ohne jede weitere Überlegung für wahr ansehen. Niemals bisher ist die Macht dieser von wenigen Menschen organisierten und beherrschten öffentlichen

Meinung so rücksichtslos ausgenutzt worden wie in diesem Kriege gegen uns. Man muß die Gefahr klar erkennen, wenn man ihr begegnen will.

Ein geschichtlicher Überblick zeigt, wie weit die Entwicklung, die zu dem heutigen Zustand führte, zurückreicht. Mit der großen deutschen Erfindung der Buchdruckerkunst beginnt der Einfluß der Druckerschwärze auf alle menschlichen Verhältnisse. Kirche und Staat, die beiden großen Mächte, suchten sich der gegen sie auftretenden neuen Macht zu erwehren oder sie in ihren Dienst zu zwingen. Die Zensur ist fast so alt wie die Druckerpresse. Die Wirksamkeit des gedruckten Wortes mußte sich steigern, je mehr es der Technik gelang, die Vervielfältigung zu verbilligen und die Druckerzeugnisse zu billigen Preisen schnell in weitem Umfange zu verbreiten. Die großen Fortschritte der Papierindustrie und die Entwicklung der Vervielfältigungsverfahren, der Druckereimaschinen, hat hier einen weitgehenden Einfluß ausgeübt. Vor allem aber sind dabei auch die Verkehrsmittel zu nennen. Zur Zeit der Posten, die Tage und Wochen brauchten, wo wir heute bei den gleichen Entfernungen mit Stunden und Minuten rechnen, konnte die Verbreitung des gedruckten Wortes in Form der Zeitung nur verhältnismäßig gering sein. Von Grund aus umstürzend aber wirkte die Erfindung des elektrischen Telegraphen, mit dessen Hülfe es möglich wurde, Nachrichten in kürzester Zeit über die Welt zu verbreiten. Als es der Technik gelang, neben den ersten größeren Telegraphenlinien zu Lande durch brauchbare Unterseekabel auch die Ozeane zu durchmessen, waren alle Grundlagen für eine Monopolisierung des Nachrichtenwesens geschaffen. Jetzt konnte sich die Organisation des Nachrichtendienstes in vollem Umfange entwickeln.

Professor Bücher macht in seiner sehr lesenswerten Schrift „Unsere Sache und die Tagespresse“<sup>1)</sup> in dem Kapitel „Krieg und Presse“ sehr interessante Angaben über diese Entwicklung. Danach haben sich schon vor den ersten periodisch gedruckten Zeitungen Sammelpunkte des Nachrichtenverkehrs in Antwerpen, Köln, Breslau, Wien, Venedig und Rom gebildet. In den 30er Jahren des 19ten Jahrhunderts entstanden dann in den Hauptstädten der größeren Staaten sogenannte Korrespondenzbureaus, die sich die Aufgabe stellten, die inländische Presse, dann aber bald auch ausländische Zeitungen mit Nachrichten zu versorgen. Zunächst handelte es sich nur darum, kurze Tatsachen chronikartig zu berichten. Nach und nach aber zogen diese Bureaus alle in Zeitungen behandelbaren Stoffe in ihr Gebiet, und die Zeitung, die es sich bequem machen wollte, konnte schließlich das fertige Blatt durch die Korrespondenzen beziehen. Nach Bücher gab es 1900 im Deutschen Reich bereits über 150 Korrespondenzen; darunter 48 politische, 22 für Unterhaltungsstoff, 20 für Gewerbe, Industrie und Wissenschaft, 13 für Handel, Börse usw.

Mit der Einführung des Telegraphen kamen die Telegraphenagenturen oder die Telegrammbureaus in Aufnahme, die Börsen und auch Privatunternehmungen mit telegraphischen Nachrichten aus der ganzen Welt versorgten. Bei der kostspieligen Benutzung des Telegraphen für diese Zwecke waren für

---

<sup>1)</sup> Tübingen 1915, J. C. B. Mohr, Preis 1 M. Hier sei auch hingewiesen auf P. D. Fischer, Der internationale Nachrichtenverkehr und der Krieg, Leipzig 1915, S. Hirzel, Preis 0,80 M.

diese Bureaus sehr erhebliche Geldmittel erforderlich. Die wirtschaftlichen Grundlagen eines solchen Betriebes drängen zum Monopol.

Von den großen Bureaus kennen wir durch unsere Zeitungen am meisten wohl die Agence Havas in Paris, das Bureau Reuter in London und das Wolffsche Telegraphenbureau in Berlin. Ferner sind noch das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau in Wien, die Nordische Telegraphen-Agentur in St. Petersburg, die Agencia Stefani in Rom zu nennen. Ebenso sind wichtige Bureau-agenturen vorhanden in Budapest, Stockholm, Christiania, Kopenhagen, Bukarest, Sofia und in Konstantinopel. Das Bureau in Wien ist staatlich. Alle anderen sind als private Aktiengesellschaften anzusehen, die oft auch enge Beziehungen zu den Börsenkreisen haben. Als das älteste und umfassendste Zeitungsgeschäft bezeichnet Bücher die Agence Havas, die 1832 als Korrespondenz entstanden ist und neben der Vermittlung von Nachrichten auch die von Anzeigen in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen hat. Der Hauptaktionär der Gesellschaft ist der Crédit Lyonnais. Das Kapital soll ungefähr  $8\frac{1}{2}$  Mill. Fr betragen. Die größeren französischen Blätter zahlen 1000 bis 1200 Fr monatlich für die Depeschen der Agentur. Die Organisation ist so geschaffen, daß auch die Redaktion jeder kleinen französischen Zeitung ihr Blatt fertig von Havas beziehen kann. Die Agentur bearbeitet außer Frankreich und dessen Kolonien auch Spanien, die Balkanstaaten und einen großen Teil von Südamerika. Auch Italien steht unter ihrem Einfluß, da die Agencia Stefani als Agentur von Havas anzusehen ist.

Das Bureau Reuter ist 1849 in Aachen entstanden, als der preußische Staats-telegraph auch dem Publikum zugänglich gemacht wurde. Es wurde von Paul Julius Reuter, geb. 1816 in Kassel, gegründet. Bald verlegte Reuter seinen Sitz nach Paris, und als das Kabel Calais-Dover in Betrieb kam, siedelte er 1851 nach London über. Zunächst vermittelte er Handelsnachrichten, dann schlug er den Zeitungen vor, ihnen schneller und billiger politische Nachrichten im Abonnement zu verschaffen. Zunächst wurde ein Versuch damit gemacht, der so glänzend ausfiel, daß nach und nach alle maßgebenden Zeitungen zu seinen Beziehern wurden. 1865 wurde das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die heut ein ausschließliches Monopol für das ganze britische Weltreich hat. Auch Nachrichten aus Vorderasien, China und Japan werden übermittelt. Die Gesellschaft soll heute mit 20 Mill. M arbeiten und zudem das große Finanzhaus gleichen Namens, das mit 200 Mill. M arbeitet, hinter sich haben.

Wolffs Telegraphisches Bureau gehört der Continental-Telegraphen-Compagnie und ist 1849 von Dr. Wolff, dem Besitzer der Bank-, Börsen- und Handelszeitung und der Nationalzeitung, in Berlin gegründet worden. Wolff soll etwa 2000 Zeitungsabonnenten haben; er unterhält im Reich etwa 40 Nebenstellen.

Diese großen Agenturen sind nun in normalen Zeiten untereinander wieder eng verbunden, sie haben die Welt gleichsam unter sich geteilt und tauschen das Material untereinander aus, natürlich wieder unter Kontrolle der betreffenden Agenturen. Wolff ist in den Nachrichten über außerdeutsche Verhältnisse deshalb von den großen Agenturen Reuter und Havas stark abhängig.

Es ist bekannt, wie die großen Bureaus von Reuter und Havas, die den Regierungen der Dreiverbandpresse natürlich sehr nahe stehen, planmäßig seit Jahren die öffentliche Meinung der ganzen Welt gegen Deutschland bearbeitet



haben. Der Kampf mit Druckerschwärze ist von unsern Feinden, das muß rückhaltlos anerkannt werden, wunderbar vorbereitet und dann mit Ausbruch des Krieges rücksichtslos durchgeführt worden. In friedlichen Zeiten kann man auch, abgesehen von unrichtigen Darstellungen, durch die Auswahl der Nachrichten entscheidenden Einfluß ausüben. Man kämpft eben nicht nur mit dem, was man sagt, sondern oft in recht wirkungsvoller Weise mit dem, was man verschweigt. Für das, was auf diesem Wege möglich ist, gibt Bücher in seinem Buch eine sehr interessante Zusammenstellung aus einem brasilianischen Blatt, die erkennen läßt, wie sehr man sich nach dem alten Rezept richtet:

Darf man das Volk betrügen?

Ich sage nein!

Doch willst du sie belügen,

So mach es nur nicht fein!

Hatte man als Laie vor dem Kriege geglaubt, daß zu den einwandfreiesten Nachrichten immer die gehören müßten, die klare Zahlen enthalten, so kann man während des Krieges erkennen, wie gerade oft mit diesen zahlenmäßig belegbaren sogenannten Tatsachen der größte Schwindel verübt wird.

Die amerikanische Presse hat einen sehr interessanten Versuch gemacht, sich auf dem Wege der Selbsthilfe von der völligen Abhängigkeit von Havas und Reuter freizumachen. Sie hat deshalb eine Gesellschaft auf Gegenseitigkeit von Personen, die Zeitungen vertreiben, unter dem Namen „Associated Press“ gegründet. Dieses Bureau sammelt Nachrichten und übermittelt sie den Blättern, die zu ihm gehören. Im Dezember 1914 soll es etwa 900 Mitglieder gezählt haben. Es hat eigene Drahtlinien gemietet, mit denen es ganz Nordamerika bestreicht. Seine Jahreseinkünfte sollen sich auf mehr als 3 Mill. \$ belaufen. Von den wichtigeren Dienststellen sollen täglich über 50 000 Worte empfangen und weitergegeben werden. Die Associated Press hat auch eigene Vertreter in allen Welthauptstädten. Eine ähnliche Organisation mit gleichen Aufgaben ist in den Vereinigten Staaten die „United Press“. Auch ihre Bureaus, die in erster Linie für Blätter in englischer Sprache zu arbeiten haben und deren außeramerikanischer Hauptort London ist, sind nicht unabhängig von englischem Einfluß. Wenigstens hat ein New Yorker Wochenblatt im September 1914 auf diese außerordentlich beklagenswerte Abhängigkeit der amerikanischen von der britischen Presse hingewiesen.

Zu der Monopolisierung des Nachrichtenwesens ist nun in steigendem Maße zunächst in England eine Vertrustung des Zeitungswesens selbst hinzugekommen. Bücher weist darauf hin, wie in Großbritannien die sechs Gebrüder Harmsworth schon vor mehreren Jahren nicht weniger als 72 Zeitungen ihr eigen nannten. Seitdem haben sie auch die Times, den Matin und wahrscheinlich auch den Temps in Paris erworben. Im Herbst 1912 wurde in Petersburg eine Aktiengesellschaft zur Übernahme der Nowoje Wremja gegründet; sämtliche Anteile dieses Unternehmens übernahm die Times-Gruppe. Damit ist es also zur Tatsache geworden, daß der ältere Harmsworth, der jetzige Lord Northcliffe, die ganze Dreiverbandpresse beherrscht. Den Wahrheitsbeweis für seine frühere Behauptung, daß er alle Zeitungen seines Landes unter sein Monopol zwingen könne, würde er sicher zu erbringen vermögen.

Wir sehen also hier in einer Person eine Macht vereinigt, wie sie unheimlicher in ihrer Wirkung auf das Gemeinschaftsleben der Völker gar nicht ge-

dacht werden kann. Was will gegenüber dieser Macht, die Millionen von Menschen mehr oder weniger vorschreibt, was sie zu denken haben, der Einfluß eines „absoluten“ Fürsten bedeuten? Man hat, jahrhundertlang kann man fast sagen, um die Freiheit der Presse gekämpft, und jetzt, wo man sie erreicht glaubt, finden sich die Völker in einer Abhängigkeit, die, wenn wir die Verhältnisse bei unsern Feinden betrachten, größer ist als je zuvor.

Über die Persönlichkeit des Lord Northcliffe gibt uns der leitende Redakteur Gardiner der Daily News, eines der wenigen von Lord Northcliffe noch unabhängigen englischen Blätter, in einem offenen Brief vom 5. Dezember 1914 einige Auskunft. Gardiner nennt das Haupt des großen Trusts der öffentlichen Meinung einen „journalistischen Brandstifter“, einen Mann, der stets bereit ist, „die Welt in Flammen zu versetzen, um daraus ein Zeitungsplakat zu machen“.

Angesichts der Tatsachen, auf die hier nur kurz hingewiesen werden konnte, ist es unbedingt erforderlich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese auswärtigen Mächte anzukämpfen. Die Notwendigkeit, von der Nachrichtenvermittlung nach und von Deutschland unabhängiger zu werden, ist natürlich auch vor dem Kriege schon von weiten Kreisen unseres Volkes klar erkannt worden<sup>2)</sup>. Auch in unserer Tagespresse ist mehrfach deutlich darauf hingewiesen worden. Die Kreuzzeitung schrieb im April 1906 in einem Rückblick auf die Algecirras-Konferenz: „Die Organisation unseres Nachrichten- und Prefsdienstes läßt alles zu wünschen übrig und steht himmelweit hinter der englischen und französischen zurück.“ Ebenso haben natürlich die deutsche Industrie und der deutsche Handel, je mehr sie darangehen mußten, ihre Stellung auf dem Weltmarkt zu befestigen und zu erweitern, auf die Notwendigkeit eines von fremden Einflüssen unabhängigen Nachrichtenwesens hingewiesen. Die Vertreter deutscher Geisteswissenschaften haben — in erster Linie ist dabei Lamprecht, der uns zu früh entrissene große Geschichtschreiber, zu nennen — klar erkannt, wie alle menschlichen Beziehungen hier ineinandergreifen und wie es nicht nur mit der bloßen Vertretung wirtschaftlicher Interessen getan ist, wie vielmehr auch planmäßig eine Kulturpolitik großen Stils von Reichswegen angebahnt werden müsse. Nicht zuletzt ist ferner die Organisation der deutschen Zeitungen zu nennen. 1912 wurde in dem Organ des Vereines deutscher Zeitungsverleger auf die ungeheuerliche Tatsache hingewiesen, daß „direkt deutschfeindlich zurecht gestutzte Meldungen aus dem Ausland unter dem Deckmantel alleiniger Gültigkeit der deutschen Presse zugestellt und von dieser in Ermangelung anderen Materials verbreitet werden, alles aber, was Deutschland günstig ist, entstellt oder gar nicht zur Kenntnis des deutschen Zeitungslesers gebracht wird“. Man verlangte Selbsthilfe. Die deutsche Presse solle aus sich heraus ohne Rücksicht auf die bestehenden Agenturen und Bureaus sich die Möglichkeit schaffen, aus dem Ausland auf schnellstem, also telegraphischem Wege stets mit allem bedient zu werden, was in nationalem Interesse wissenswert ist. In derselben Zeitschrift wird sodann die Schaffung eines groß angelegten deutschen Auslandsdienstes als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft angesehen, man verlangt die journalistische Durchdringung der deut-

---

<sup>2)</sup> Es sei hier besonders an den ausgezeichneten Aufsatz von Dr. Wertheimer „Weltnachrichtendienst und Deutschland“, Technik und Wirtschaft 1914 März S. 162, erinnert.

schen Interessengebiete. Dieses und anderes Material hat Rotheit, der Auslandsredakteur der Vossischen Zeitung, in einer interessanten Druckschrift „Die Friedensbedingungen der deutschen Presse“<sup>3)</sup> zusammengestellt. Er kommt zu dem Schluß, daß im engen, vertrauensvollen Einvernehmen mit der Regierung, aber unabhängig von ihr, ein großer nationaler Auslandsdienst durch die Presse selbst zu organisieren sei. Leider ist man auch in diesen Kreisen bisher über Wünsche nicht hinausgekommen. Von der Selbsthülfe, die sich zunächst in der Hergabe von recht bedeutenden Geldmitteln äußern müßte, war noch nichts zu merken. Dazu kommt, daß unsere Presse, mit geringen Ausnahmen einiger unserer größten Blätter, auch für ihre eigene Berichterstattung durch besondere ständige Auslandsvertreter bisher so gut wie nichts getan hat. Auch hier scheute man die großen Geldausgaben.

Wir wissen ferner, daß sich führende Männer unseres deutschen Wirtschaftslebens mit diesen Fragen auch schon vor dem Kriege sehr eingehend beschäftigt haben.

So sehen wir, wie die verschiedensten Kreise unseres Volkes sich darin einig sind, daß auf diesem Gebiet sehr viel versäumt worden ist. Der Lügenfeldzug unserer Feinde hatte beim Ausbruch des Krieges in den ersten Monaten weiteste Schichten des Volkes zur Selbsthülfe angeregt. Leider ist aber unter der Marke „Aufklärung des neutralen Auslandes“ neben vielem Guten auch mancherlei geschehen, was besser unterblieben wäre; denn auch die Nachrichtenvermittlung ist eine Kunst, die gelernt sein will. Auch auf diesem Gebiete sollte man sich des Rates erfahrener Fachmänner bedienen. Vor allem aber hat diese so plötzlich einsetzende Bewegung gezeigt, daß uns nur eine große zentrale Organisation helfen kann. Die beispiellose Zersplitterung in Hunderte der verschiedensten Stellen, die nichts voneinander wußten, machte bisher jeden großen Erfolg unmöglich.

Immerhin hat der Krieg wohl zuerst weitesten Kreisen des Volkes die Augen über die große Gefahr, vor der wir stehen, geöffnet. Auch das Auswärtige Amt hat durch Ausgestaltung seiner Presseabteilung das Bestreben gezeigt, dem Nachrichtendienst in höherem Maß als bisher seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, und es ist als selbstverständlich anzunehmen, daß die berufenen Vertreter des deutschen Volkes die hierfür erforderlichen Geldmittel jetzt auch in ausreichendem Maße bewilligen werden. Denn darüber müssen wir uns klar sein, der Kampf gegen Reuter und Havas ist erfolgreich nur mit sehr erheblichen Mitteln aufzunehmen. Nicht minder erforderlich aber ist das einmütige Zusammenarbeiten aller in Frage kommenden Kreise. Wenn irgendwo Eigenbrödelei nicht am Platz ist, dann ist das hier und jetzt der Fall. Wir haben Organisationen auf wirtschaftlichen Gebieten, wo es gelungen ist, gemischte Unternehmungen ins Leben zu rufen. Staatliche, kommunale und privatwirtschaftliche Verbände arbeiten hier einmütig auf das gleiche Ziel. Was dort möglich ist, muß sich in ähnlicher Weise auch hier erreichen lassen. Ein bemerkenswerter Anfang dazu ist schon vor dem Kriege gemacht worden. Im Februar 1914 wurde das Syndikat Deutscher Überseedienst begründet. In einer solchen Organi-

---

<sup>3)</sup> Berlin 1915, Puttkammer & Mühlbrecht, Preis 1,50 M.

sation wird es möglich sein, die verschiedensten Kreise, die alle in gleicher Weise an dem Aufbau eines großen nationalen Weltnachrichtendienstes interessiert sind, zusammenzufassen. Eine solche Stelle wird auch planmäßig darauf hinarbeiten müssen, die inneren Widerstände, über die immer wieder geklagt wird, nach Möglichkeit zu überwinden.

Man spricht jetzt im Kriege viel vom Umlernen. Es gibt keinen Stand und Beruf, der sich nicht, veranlaßt durch die ungeheuern Ereignisse, die wir erleben, die Frage vorlegen muß, was in Zukunft besser zu machen ist. Auch unsere Diplomaten werden in vieler Beziehung umlernen müssen. Sie werden erkennen, daß es in ihren äußerst wichtigen Stellen im Auslande nicht genügt, nach alter Überlieferung bürokratisch seine Schuldigkeit zu tun, sondern daß für diese Stellungen Männer erforderlich sind von schneller Auffassung und starker Initiative, die ihr Ziel mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu erreichen suchen. Diese Männer sind die Pioniere des Deutschtums, und dafür sind die Tüchtigsten gerade gut genug. Diese deutschen Vertreter werden auch die Bedeutung der Presse und ihres Einflusses auf die öffentliche Meinung klarer erkennen, als das bei den Diplomaten der alten Schule leider der Fall gewesen ist. Vor allem aber werden die Erfahrungen dieses furchtbaren Völkerringens allen Deutschen im Auslande gezeigt haben, wie unbedingt erforderlich gerade im Ausland das einmütige Zusammenarbeiten sämtlicher Kreise für unser Vaterland ist.

Wer es bisher noch nicht gewußt hat, muß jetzt erkennen, daß es sich hier um Aufgaben handelt, die sich nicht ressortmäßig von einer Stelle aus erledigen lassen. Es ist unsere Sache, um die es hier geht! Wir dürfen in diesem Kampf gegen die Vertrüstung der öffentlichen Meinung nicht müde werden. Möge uns eine einheitliche starke Führung auch in diesem Kampf beschieden sein!

---

## **KRIEGSSCHÄDENERSATZ UND SCHUTZ DER DEUTSCHEN AUSLANDFORDERUNGEN.**

**Von Dipl.-Ing. FR. FRÖLICH,**

**Geschäftsführer des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten.**

In dankenswerter Weise hat sich jetzt endlich die Reichsregierung zu der ersten dieser beiden das deutsche Geschäftsleben seit Beginn des Krieges bewegenden Fragen geäußert <sup>1)</sup>. Durch die von ihr aufgestellten Richtlinien sind nunmehr die von Kriegsschäden betroffenen Kreise unterrichtet, wofür sie Ersatz zu erhoffen und an welche Stellen sie sich zu wenden haben. Damit

---

<sup>1)</sup> Der „Deutsche Reichsanzeiger“ veröffentlichte in Nr. 90 vom 19. April 1915 folgende Kundgebung über „Anmeldung von Kriegsschäden“:

Die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges erwachsenen Schäden sind bisher von den beteiligten Deutschen bei den verschiedensten Behörden angemeldet worden. Um eine einheitliche Behandlung dieser Schäden herbeizuführen, haben die Zentralstellen die Bearbeitung der Anmeldungen in folgender Weise verteilt:

1. Schäden, die durch den Einfall feindlicher Truppen in das Reichsgebiet verursacht sind werden von den zuständigen Landesbehörden behandelt.
2. Schäden, die in deutschen Schutzgebieten durch kriegerische Maßnahmen des Feindes entstanden sind, werden durch das Reichskolonialamt und, soweit das Schutzgebiet Kiautschou in Frage kommt, durch das Reichsmarineamt bearbeitet.

wird auch den zahlreichen Bestrebungen privater Art, die sich mit Hilfeversprechungen weitgehender Art an die Handels- und Gewerbekreise wenden, deren Tätigkeit im einzelnen häufig nicht kontrollierbar ist und die unter Umständen einseitige Interessen verfolgen, das Wasser abgegraben. Nur die bislang über die Absichten und Maßnahmen der Regierung bestehende Unsicherheit konnte solche Privatbestrebungen hochkommen lassen, die, wie sich jeder Einsichtige von vornherein sagen mußte, wirksame Hilfe nicht bieten können; sie könnten sich höchstens zum Briefträger der ihnen zufließenden Wünsche an die Regierung machen; trotzdem haben sie manche Anhänger in den betroffenen Kreisen gefunden.

Die von der Reichsregierung geschaffenen zentralen Anmeldestellen werden einen Überblick über die Höhe derjenigen Schäden ermöglichen, für die ein Ersatz durch die feindlichen Mächte beim Friedensschluß zu fordern sein wird. Die Zeit bis zum Friedensschluß wird sicher ausreichen, um die angemeldeten Forderungen soweit zu prüfen, daß die Forderungen des Deutschen Reiches mit dem notwendigen Sicherheitsfaktor versehen werden können.

Die Kundgebung der Reichsregierung trennt scharf von diesem in Aussicht genommenen Ersatz der Kriegsschäden die Fürsorge für die an das Ausland bestehenden Forderungen. Mit dieser Trennung werden allerdings die Vertreter der zahlreichen Bestrebungen und Vorschläge, die einen sofortigen Ausgleich der deutschen Forderungen und der deutschen Schulden anstreben und hofften, die deutschen Forderungen an das Ausland in einfachster Weise noch während des Krieges ganz oder teilweise aus den Schulden anderer deutscher

---

3. Schäden, die deutschen Zivilpersonen in Feindesland an ihrem Eigentum oder an Leib und Leben durch Gewalttätigkeiten der Bevölkerung oder der Behörden zugefügt worden sind, werden durch den Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland behandelt, dessen Bureau sich Berlin W 35, Potsdamer Straße 38 III, befindet. Das Gleiche gilt für Eigentumsschäden, die Deutschen in Feindesland durch gesetzgeberische Anordnungen der feindlichen Regierungen, wie Konfiskationen, Zwangsliquidationen u. dgl. zugefügt worden sind.

4. Schäden, die sich auf die Wegnahme, Zurückhaltung oder Festlegung deutscher Seeschiffe oder deutscher Ladungen auf Seeschiffen beziehen, sind bei dem Reichsamt des Innern, Abteilung III, anzumelden, während für Schäden der Binnenschifffahrt der unter Nr. 3 erwähnte Reichskommissar zuständig ist.

5. Verluste an deutschen Privatforderungen im feindlichen Ausland, die durch gesetzgeberische Maßnahmen der feindlichen Regierungen, wie Moratorien, Zahlungsverbote, Einziehungen u. dgl. entstanden sind, werden nicht weiter anzumelden sein, da bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen wird, diese Forderungen mit allen ihren Rechtsbehelfen grundsätzlich wieder herzustellen. Das Gleiche gilt für solche Rechtsverluste, die durch Eingriffe feindlicher Regierungen in die ihnen gegenüber bestehenden privatrechtlichen Ansprüche von Deutschen, in die an Deutsche erteilten Konzessionen aller Art, sowie in deutsche Patent- und Urheberrechte u. dgl. entstanden sind.

Die bisherigen Anmeldungen der unter 1 bis 4 bezeichneten Art sind den dort aufgeführten Stellen zugeführt worden, so daß eine nochmalige Einreichung nicht erforderlich ist.

Bei den weiteren Anmeldungen sind die entstandenen Schäden möglichst genau unter kurzer Angabe des Sachverhalts darzulegen. Handelt es sich um Gegenstände, die der Verfügung der deutschen Eigentümer — vor allem durch Sequestrationen — entzogen sind oder über deren Verbleib sie keine Kenntnis haben, so wird darüber zweckmäßig ein besonderes Verzeichnis mit genauen Angaben über ihren Wert und den Ort, wo sie zurückgelassen sind, sowie über die Persönlichkeit, der etwa der Schutz anvertraut wurde, einzureichen sein.

Alle diese Angaben sind selbstverständlich nach bestem Wissen und Gewissen zu machen, dergestalt, daß sie gegebenenfalls von den betroffenen Personen eidlich erhärtet werden können. Soweit zugänglich, sind auch Zeugen, die aus eigener Wissenschaft die Angaben zu bestätigen vermögen, nach Namen und Aufenthaltsort zu bezeichnen.

Kreise an das Ausland zu decken, wenig einverstanden sein. Nach den Ausführungen in der „Denkschrift über die wirtschaftlichen Maßnahmen“ an den Reichstag<sup>2)</sup> konnte eine andere Entscheidung der Reichsregierung wohl kaum erwartet werden und ist auch wohl von den einsichtigen Kreisen von Industrie und Handel niemals erwartet worden. Ein so weit gehender Eingriff in die privaten Rechte des Einzelnen würde auch dem Gerechtigkeitssinn des deutschen Volkes nicht entsprechen und ist vorläufig auch noch nicht einmal von den feindlichen Mächten ins Auge gefaßt worden; denn die zahlreichen darauf bezüglichen Meldungen aus den feindlichen Tageszeitungen oder aus privaten, über das Ausland zu uns gelangten Mitteilungen haben sich bei genauer Nachprüfung meist als übertrieben oder stark entstellt erwiesen.

Wenn aber auch die Kundgebung der Regierung eine scharfe Trennung der deutschen Auslandforderungen von den Kriegsschäden vornimmt, so spricht sie doch mit dankenswerter Deutlichkeit aus, daß wenigstens bezüglich derjenigen Forderungen, bei denen eine Verletzung des Völkerrechtes nachzuweisen ist, „bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen werden wird, diese Forderungen mit allen ihren Rechtsbehelfen grundsätzlich wieder herzustellen“. Damit wird grundsätzlich anerkannt, daß die Reichsregierung es als notwendig ansieht, daß beim Friedensschluß auch die Frage gewisser privater Auslandforderungen erörtert und geregelt wird, und daß sie bereit ist, für einen Schutz dieser Privatforderungen einzutreten.

Abgesehen davon, daß diese Beschränkung auf die Verletzungen des Völkerrechtes zu weitgehend erscheint, wird auch die Formel, daß diese Forderungen „mit allen ihren Rechtsbehelfen grundsätzlich wiederherzustellen“ sind, in den beteiligten Kreisen nicht befriedigen. Diese Formel strebt zwar die restitutio in integrum, d. h. theoretisch die Wiederherstellung des Zustandes vor dem Kriege, an, aber sie stellt nach der Ansicht von Handel und Industrie und nach den Erfahrungen, die diese Kreise in Friedenszeiten mit ihren „Rechtsbehelfen“ vielfach vor ausländischen Gerichten gemacht haben, praktisch noch keinen genügenden Schutz der deutschen Auslandinteressen dar. Es darf nicht vergessen werden, daß der ausländische Gläubiger auf Grund seiner Beweistitel vor den deutschen Gerichten schnell, sicher und mit geringen Kosten zu seinem Recht kommt, daß dagegen bereits in Friedenszeiten der deutsche Gläubiger bei Beschreitung des Rechtsweges im Ausland über schleppende Gerichtsbarkeit, unsichere Rechtsprechung und unverhältnismäßig hohe Kosten des Rechtsverfahrens begründete Klage führen mußte. Dieser Zustand dürfte nach dem Kriege jedenfalls nicht besser, eher in einem den feindlichen Schuldner begünstigenden Sinne verschlechtert werden; das aber bedeutet für zahllose an sich gesunde Einzelglieder des deutschen Wirtschaftslebens die Gefahr schwerer Schädigungen, wenn nicht gar des wirtschaftlichen Ruins. Trotz eines militärischen und politischen Sieges würde daher der von unsern Feinden, insbesondere England, angestrebte wirtschaftliche Zweck des Krieges zum Schaden des Deutschen Reiches erreicht werden, wenn nicht die Interessen dieser Einzelglieder und ihre Privatforderungen entsprechend geschützt werden; denn ihr Untergang

---

<sup>2)</sup> Reichstagdrucksache, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/15, Nr. 44, Seite 86.

oder auch nur ihre wesentliche Schwächung würde die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens nach dem Krieg außerordentlich erschweren und hemmen.

Daraus ergibt sich im Gegensatz zu den Verhältnissen bei früheren Friedensverhandlungen die Forderung nach einem ausreichenden Schutz der deutschen privaten Auslandsforderungen. Maßnahmen nach dieser Richtung erscheinen auch durchaus begründet; denn die wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zueinander sind durch die wirtschaftlichen Maßnahmen der feindlichen Staaten in diesem Krieg in ungleich größerem Maß als bei früheren Kriegen beeinträchtigt worden. Dieser Schutz muß aber auch von der deutschen Reichsregierung erwartet werden, denn gerade sie hat im letzten Jahrzehnt im Interesse des nationalen Wohlstandes stets die Steigerung des deutschen Außenhandels gewünscht und planmäßig gefördert.

Die am Außenhandel beteiligten Kreise des deutschen Wirtschaftslebens haben sich daher ernstlich und eingehend mit der Frage beschäftigt, wie ein solcher Schutz gewährt und wirksam ausgestaltet werden kann. Es handelt sich dabei um außerordentlich verwickelte Fragen wirtschaftlicher und rechtlicher Art, und daher erklärt es sich, daß es geraumer Zeit bedurfte, bis brauchbare Lösungen vorgeschlagen werden konnten, obwohl sich zahlreiche Stellen mit den Fragen bereits seit längerer Zeit beschäftigten. Eingangs ist bereits erwähnt worden, daß die einfachste und anfänglich in den verschiedensten Formen empfohlene Art des sofortigen Ausgleiches der deutschen Forderungen gegen die Forderungen der Ausländer, die an die „Clearing“-Einrichtungen des Bankwesens anknüpft, deshalb nicht durchführbar erscheint, weil sie einen Eingriff in die privaten Rechte des Gläubigers darstellt; die Unverletzlichkeit des Privateigentums aber wird einstweilen noch allseitig anerkannt.

Der Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigentums darf jedoch nicht in übertriebenem Rechtsempfinden soweit mißbraucht werden, daß er zur Schädigung der deutschen Gläubiger führt, indem sie ihre Auslandsforderungen zum Teil nicht oder doch erst nach längeren Fristen und unter mancherlei Schwierigkeiten und Verlusten hereinbringen können, während die ausländischen Gläubiger die deutschen Schuldner zu einer prompten Regelung zu zwingen vermögen.

Aus dieser Erwägung ergibt sich die Forderung, daß die Gesamtsumme der deutschen Schulden an das feindliche Ausland als eine Art von Faustpfand benutzt werden muß zugunsten der gesamten an das feindliche Ausland bestehenden deutschen Forderungen.

Die sächsische Industrie, die in ihrer Gesamtheit in hervorragendem Maß an der Ausfuhr des Deutschen Reiches beteiligt ist, hat diesen Gedanken in einer Denkschrift des Verbandes Sächsischer Industrieller an den Reichstag und in einem Gesetzentwurf niedergelegt, der dem Reichskanzler in diesem Sinn das Verfügungsrecht über die mit befreiender Wirkung an das Reich (oder eine vom Reich geschaffene Hinterlegungsstelle) eingezahlten Auslandsschulden geben soll.

Für die deutsche Maschinenindustrie, die mehr als jeder andere Industriezweig die Wirkungen des Auslandsgeschäftes spürt, hat der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten dem Reichskanzler in einer Denkschrift gleichfalls Vorschläge zum Schutz der durch den Krieg

bedrohten Auslandinteressen<sup>3)</sup> unterbreitet. Die Maschinenindustrie und die mit ihr verwandten Industriezweige der sogenannten Metallindustrie oder mechanischen Industrie beschäftigten vor dem Krieg etwa  $1\frac{1}{2}$  Mill. Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von rund  $2\frac{1}{4}$  Milliarden M.; die jährliche Ausfuhr dieser Industriegruppe betrug im Jahre 1912 rd. 2 Milliarden M, wovon 785 Mill. M auf das feindliche Ausland entfielen. Aus diesen Zahlen läßt sich ermaßen, welche Werte für diesen Industriezweig auf dem Spiele stehen und ein wie großer Teil unseres Volkes an der Lösung dieser Frage unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Die Vorschläge des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten gliedern sich in zwei Gruppen: in vorbeugende Maßnahmen, die bereits während des Krieges vorzunehmen sein werden, und in ausgleichende Maßnahmen, die erst beim Friedensschluß oder nach dem Friedensschluß in Wirksamkeit treten sollen.

Zunächst ist es notwendig, mit möglichster Beschleunigung einen Überblick über die Gesamthöhe der in Deutschland vorhandenen Auslandforderungen zu gewinnen und sie der Gesamtsumme der seitens ausländischer Gläubiger an deutsche Schuldner bestehenden Forderungen gegenüberzustellen. Die Reichsregierung wird daher nicht umhin können, ihre Stellungnahme dahin abzuändern, daß sie rechtzeitig, also nicht zu spät, eine Anmeldestelle für die privaten Auslandforderungen schafft. Nur wenn ein möglichst lückenloser Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse vorliegt, wird es der Reichsregierung möglich sein, bei den Friedensverhandlungen einen wirksamen Schutz der gefährdeten Interessen auszuüben. Das feindliche Ausland hat dies auch bereits anerkannt, wenigstens sollen in England und Frankreich bereits entsprechende Einrichtungen geschaffen oder im Werden begriffen sein<sup>4)</sup>.

Eine solche Anmeldestelle für die Privatforderungen, die auch auf die privaten Schulden an das Ausland auszudehnen wären, ist außerdem Vorbedingung, wenn der während des Krieges an der Ausfuhr behinderten deutschen Ausfuhrindustrie durch Kreditgewährung wirksame Hülfe gebracht werden soll. Dieser Teil der deutschen Industrie ist dadurch, daß er seine Auslandforderungen nicht einziehen kann, teilweise in eine finanzielle Notlage gekommen und bedarf zu seiner Wiedergesundung eines Kredites, der ihm durch die bisherigen Kriegs-Krediteinrichtungen infolge bestimmter, in der Organisation dieser Einrichtungen begründeter Verhältnisse bislang nicht genügend hat zuteil werden können.

Sowohl die Befriedigung dieses Kreditbedürfnisses als auch der Schutz der Forderungen zum Zweck eines beschleunigten, restlosen Ausgleiches der

<sup>3)</sup> Die Denkschrift wird vom Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten auf Ersuchen ausgehändigt.

<sup>4)</sup> Der Verband Württembergischer Industrieller E. V. in Stuttgart hat in einer Eingabe an den Reichskanzler im April d. J. die Anmeldung aller Auslandforderungen und Auslandschulden gefordert; ebenso hat der Ausschuß des Deutschen Handelstages einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Auch in der Budgetkommission des Deutschen Reichstages sind ähnliche Wünsche vorgebracht worden.



zwischen den Angehörigen der kriegführenden Länder schwebenden Verbindlichkeiten lassen sich nun nach dem Vorschlage der Denkschrift des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten durch Einrichtungen öffentlich-rechtlicher Art erreichen, die in der Denkschrift die Bezeichnung „Ausgleichstellen“ erhalten haben, sich aber in ihrer Wirkungsweise von den allgemein bekanntem „Clearing“-Stellen wesentlich unterscheiden. Sie beabsichtigen nicht eine einseitige Befriedigung der deutschen Forderungen aus den Forderungen der Angehörigen der feindlichen Staaten an Deutsche, sondern die Befriedigung aller privaten Forderungen zwischen den Angehörigen des Deutschen Reiches und der feindlichen Staaten, gegebenenfalls unter einer beschränkten Gewähr der feindlichen Staaten gegenüber den durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar verursachten Ausfällen.

Zu ihrer Durchführung werden für jeden einzelnen Staat „Inland-Ausgleichstellen“ seitens des Deutschen Reiches geschaffen, bei denen die deutschen Gläubiger ihre Forderungen an feindliche Ausländer anzumelden haben; diese Stellen prüfen die angemeldeten Forderungen vor und weisen unberechtigte oder nicht in den Rahmen des Ausgleiches fallende Anmeldungen von vornherein zurück, deren Verfolgung auf andern Wegen alsdann den Gläubigern unbenommen bleiben würde<sup>5)</sup>.

Zugleich muß bestimmt werden, daß Inlandschuldner ihre Schulden ebenfalls bei den Inland-Ausgleichstellen anmelden, und durch Umwandlung der erlassenen Zahlungsverbote in Zahlungsbefreiungen mit befreiender Wirkung muß dafür Sorge getragen werden, daß sämtliche deutschen Schulden an feindliche Ausländer nicht an diese unmittelbar, sondern an die Inland-Ausgleichstellen abgeführt werden.

Beim Friedensschluß müssen sämtliche vertragschließenden Länder verpflichtet werden, in gleicher Weise solche Inland-Ausgleichstellen zu schaffen, die die Anmeldungen der ausländischen Forderungen gegen deutsche Schuldner entgegennehmen und nach den gleichen Regeln vorprüfen. Durch Austausch der beiderseitigen Anmeldungen und Nachprüfung bestrittener Ansprüche unter Mitwirkung von Vertretern des betreffenden fremden Landes wird sich die Gesamtsumme der beiderseitigen anerkannten Forderungen ergeben. Gegen ablehnende Entscheidungen der Inland-Ausgleichstellen müßte eine Berufungsmöglichkeit an eine größere internationale Berufungsstelle, vielleicht unter dem Vorsitz eines Angehörigen eines neutralen Staates, geschaffen werden, die endgültig zu entscheiden haben würde.

Sobald eine Forderung als berechtigt anerkannt ist, würde sie von der Inland-Ausgleichstelle mit Unterstützung des Staates des Schuldners einzuziehen und an den Gläubiger durch Vermittlung der Stelle seines Landes auszuzahlen sein; für uneinziehbare Forderungen würde der feindliche Staat eine Gewähr für die Befriedigung zu übernehmen haben.

Sollte die Übernahme der Ausfallgewähr für die Erfüllung anerkannter Forderungen durch den Staat des feindlichen Schuldners nicht zu erreichen sein, so könnte ein Zurückbehaltungsrecht der eingezahlten deutschen Schuldenbeträge in Frage kommen, in welchem Falle mit Rücksicht auf die voraus-

---

<sup>5)</sup> Auf diese Weise würden „faule“ Forderungen, für die eine Ausfallgewähr des feindlichen Staates nicht gefordert werden kann, ausgeschaltet.

sichtlich lange Dauer der endgültigen Abwicklung aller Verbindlichkeiten für einen vorzeitigen teilweisen Ausgleich unter bestimmten Voraussetzungen in Form von Teilzahlungen oder dergl. Vorsorge zu treffen sein wird.

Die Kosten des Ausgleichsverfahrens würden durch prozentuale Verteilung auf die angemeldeten Forderungen oder auf die abgewickelten Verbindlichkeiten zu decken sein.

Dieses Ausgleichsverfahren, das in seinen Hauptzügen erst nach Friedensschluß in Wirksamkeit treten würde, in seinem Anmelde- und Vorprüfverfahren aber zweckmäßig bereits während des Krieges deutscherseits vorbereitet werden müßte, böte zugleich für die Ausfuhrindustrie die Möglichkeit, durch Beleihung ihrer vorläufig uneinbringlichen Auslandforderungen das ihr dringend notwendige Betriebskapital schon während des Krieges zu verschaffen. Werden nämlich die Inland-Ausgleichstellen eingerichtet und die Zahlungsgebote erlassen — zur Vermeidung von Härten könnten Stundungsbestimmungen vorgesehen werden —, so würden Mittel zusammenfließen, die als Betriebskapitalien für die den Inland-Ausgleichstellen angeschlossenen Kreditinrichtungen benutzt werden könnten. Bei diesen Kreditstellen könnten alsdann die Auslandforderungen nach erfolgter Vorprüfung bereits während des Krieges bis zu einem gewissen Prozentsatz beliehen werden. Ein so geschaffenes Beleihungsrecht würde eine ganz andere Unterstützung der beteiligten Geschäftskreise darstellen, als die durch die Kriegskreditbanken geschaffene Kreditmöglichkeit, deren Ausnutzung die Gewährung eines außerordentlich weit gehenden Einblickes in das Gesamtgeschäft des Kreditsuchenden zur Voraussetzung hat <sup>6)</sup>.

Die Inland-Ausgleichstellen würden sich somit gliedern in Anmeldeabteilung, Prüfungsabteilung, Finanzabteilung, Kreditabteilung.

Mit der Schaffung solcher Ausgleichsrichtungen ist aber noch nicht genug getan; denn in den meisten Fällen wird es sich um die Abwicklung von Verträgen handeln, die sich zu Beginn des Krieges noch in der Schwebe befunden haben. Mit Rücksicht auf die hieraus zu erwartenden Rechtstreitigkeiten verwickeltester Art und das auf Grund der früheren Friedenserfahrungen nur begrenzte Vertrauen der deutschen Gläubiger in die Gerichtsbarkeit der feindlichen Staaten ergibt sich die weitere Forderung, daß im Friedensschluß für die vertragschließenden Länder allgemein und gleichheitlich gültige Rechtsätze <sup>7)</sup> vereinbart und deren Befolgung gesichert werden muß.

Von besonderer Wichtigkeit ist schließlich ein Schutz des in der Form der **Beteiligung an ausländischen Gesellschaften** <sup>8)</sup> erworbenen

<sup>6)</sup> In England ist zur Deckung des Kreditbedürfnisses der Ausfuhrindustrie ein Foreign Trade Debts Committee gegründet worden, das unter Mitwirkung der Banken eine Staatsbürgschaft von 75 vH der ausfallenden Beträge vorsieht.

<sup>7)</sup> Dabei handelt es sich um die Auslegung bestimmter, sich häufig wiederholender Punkte in den Verträgen, z. B.: Bestand der Verträge; Verzugstrafen und Verzugsentschädigungen bei Nichterfüllung oder verspäteter Erfüllung; Gefahrtragung; Gewährleistung; Eingriffe in gewerbliche Schutzrechte; Zins- und Kursverluste.

<sup>8)</sup> nicht der einzelnen Aktie ausländischer Unternehmungen, sondern des Besitzes durch Erwerb sämtlicher oder der meisten Aktien einer nach ausländischem Recht bestehenden oder neu gegründeten Gesellschaft.

Besitzes im Ausland. Diese Form hat sich aus den in den betreffenden Ländern geltenden gesetzlichen Bestimmungen oder aus der gegen das Deutschtum bestehenden Abneigung häufig mit Notwendigkeit ergeben. Dem so erworbenen Besitz muß in gleicher Weise Schutz gewährt werden, wie jedem in den gleichen Rechten ausgedrückten Besitz; andernfalls würde gerade diejenige Besitzform, die in hervorragender Weise die deutsche Ausfuhr und die Interessen der deutschen Industrie im Auslande gefördert hat, jeglichen Schutzes entbehren. Daß solche Gesellschaften im Auslande durchaus als deutsche Gesellschaften angesehen werden, zeigen die zahlreichen in der letzten Zeit ihnen gegenüber getroffenen Maßnahmen des feindlichen Auslandes.

Die Darlegungen zeigen, wie vielseitig die Interessen sind, die für das deutsche Privateigentum, besonders für Deutschlands Handel und Industrie, beim Friedensschluß neben dem Ersatz der unmittelbaren Kriegsschäden zu wahren sind und wirksamen Schutzes bedürfen. Die Reichsregierung wird sich sicher der Notwendigkeit eines solchen Schutzes nicht verschließen können. Die Denkschrift des Vereines deutscher Maschinenbau-Anstalten erscheint gerade zur richtigen Zeit, um nicht nur auf die Wichtigkeit dieser Fragen mit Nachdruck hinzuweisen, sondern auch praktisch durchführbare Vorschläge zu ihrer Lösung zu machen, die als Grundlage für eine Erörterung gelten können. Dabei sei besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorschläge nicht Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern nur gewisse Richtlinien für die zu treffenden Maßnahmen geben sollen.

Nur wenn neben dem Ersatz der unmittelbaren Kriegsschäden ein wirksamer und ausreichender Schutz aller durch den Krieg bedrohten deutschen Auslandsinteressen im Friedensschluß erreicht und sichergestellt wird, wird es möglich sein, die der deutschen Volkswirtschaft durch den Krieg zugefügten Schäden im Rahmen des Möglichen und Erreichbaren auszugleichen.

---

## VON DEN KRIEGSAUFGABEN DES DEUTSCHEN AUSZENHANDELS.

Zu dem unter diesem Titel im Aprilheft dieser Monatschrift veröffentlichten Aufsatz ist uns die folgende Zuschrift zugegangen:

Gehrte Redaktion!

In der Aprilnummer von „Technik und Wirtschaft“ tritt Hr. Dr. Schuchart dafür ein, daß deutsche Firmen fortan „mit der Übernahme ihrer Vertretungen ausschließlich Deutsche betrauen“ sollen, Hr. Stahl dagegen bezeichnet es als unrichtig, „zur Vertretung im fremden Lande wieder Deutsche zu wählen, anstatt Vertreter, die in dem betreffenden Lande geboren sind und daher engere Beziehungen zu ihm haben<sup>1)</sup>).

Nach meiner Erfahrung läßt sich weder das eine noch das andere als Grundsatz aufstellen. Persönlichkeit, Natur der Ware, Eigenheiten und Umfang der Vertretung beeinflussen die Entscheidung weit mehr. Geschieht die Vertretung durch ein Haus, das auch andere Vertretungen führt, so empfiehlt sich, sobald

---

<sup>1)</sup> S. T. u. W. 1915 S. 128, 168.

der Umfang es einigermaßen rechtfertigt, einen heimischen Fachmann als Vertrauensperson in die betreffende Abteilung zu setzen. Bei noch größerem Umsatz oder gar teilweiser oder ganzer Fabrikation im Vertretungsland bilde man eine Gesellschaft unter der finanziellen Kontrolle des Stammhauses und verknüpfe damit angesehene Personen des Vertretungslandes. Eine in Ländern ohne eigenen Wettbewerb hervorragend bewährte Form ist auch die Zusammenlegung einander ergänzender Vertretungen eines Produktionslandes in eine größere Organisation (im Maschinenbau z. B.: Dampfkessel, Wärmeschutzmittel, Armaturen, Rohre, Dampfmaschinen, Pumpen, Transmissionen, Werkzeuge, Elektromotoren usw.). So arbeiten z. B. die Engländer in Ägypten, Indien, China.

Hr. Stahl findet den Grund des Hasses gegen uns darin, daß wir vornehmlich Fertigwaren ausführen, die dem Verbraucher unangenehm ins Bewußtsein treten und dem Mitbewerber ein Dorn im Auge sind, wogegen die größten Rohwarenmengen von der Öffentlichkeit unbemerkt ausgetauscht werden. Dieser Grund erscheint nebensächlich gegenüber der Tatsache, daß die gleiche Feindseligkeit gegen uns auch in solchen Ländern besteht, in die auch die andern Staaten ausschließlich oder vorwiegend Fertigwaren einführen, wie Nord- und Südamerika, Rußland, Dänemark, Rumänien, Serbien. Herr Dr. Schuchart erhofft einen großen Einfluß Deutschlands auf die öffentliche Meinung der ausländischen Welt, wenn wir einen nationalen, weltumspinnenden Nachrichtendienst einrichten würden. Diese Hoffnung und die Meinung, daß das Fehlen eines solchen Nachrichtendienstes uns von Anfang des Krieges an ins Unrecht setzte, sind vielfach in unserer Presse vertreten. Die erstere ist nur, soweit unsere Handelsinteressen in Betracht kommen, begründet, was aber die öffentliche Meinung betrifft, doch recht fraglich. Die andere ist nur zum Teil richtig, denn unsere drahtlose Verbindung mit Amerika z. B. war bald genug hergestellt — schon im Herbst konnte ich mich überzeugen, daß amerikanische Blätter alle unsre wichtigen Nachrichten hatten —, aber die öffentliche Meinung daselbst hat sich kaum geändert.

„Kenntnis über uns zu verbreiten“, aufzuklären und zu „belehren“ gibt es nicht mehr viel. In allen Ländern der Erde leben Tausende, Hunderttausende, Millionen von Deutschen, andere Hunderttausende bereisen sie. Man kennt uns längst und hat sein Urteil gebildet. Wenn es uns feindlich ist, so liegt das im Gegensatz unseres Wesens zum ausländischen. Nun können wir zwar mit Ostwald, Sombart u. a. sagen: „Hasset, wenn ihr nur fürchtet, die wahren Kulturträger sind doch wir, das auserwählte Volk.“ Oder wir können sonst einen weniger schroffen „sint ut sunt auf non sint“-Standpunkt einnehmen. Wenn uns aber daran gelegen ist, das Urteil des Auslandes zu unsern Gunsten zu ändern, dann wird es Zeit, daß wir uns einmal selbst genauer besehen, und Hr. Stahl ist schon auf richtigerem Wege, wenn er von dem „nötigen Takt, unsere Größe zu zeigen“, spricht. Hier mag uns eine Aufgabe bevorstehen, an welche in der Geschichte noch kein Volk herangetreten ist. Ahnungen davon habe ich bereits in manchen Äußerungen aus dem Felde gefunden, doch scheint mir „Technik und Wirtschaft“ nicht der rechte Ort, dies weiter auszuführen.

Radebeul.

Otto H. Mueller.

Hr. Felix Stahl, dem wir die obige Zuschrift vorgelegt haben, hat sich wie folgt dazu geäußert:

Hr. Mueller setzt meine Ausführungen in Gegensatz zu denen des Hrn. Dr. Th. Schuchart, Berlin. Das beruht auf einem Irrtum, der durch eine unrichtige Auffassung in der Besprechung meines Aufsatzes „Der Warenaustausch als Quelle des Hasses der Völker gegen die Deutschen“ insofern entstanden ist, als in der Besprechung gesagt wurde: „Stahl . . . . . weist u. a. auf das seiner Ansicht nach unrichtige Verfahren hin, zur Vertretung im fremden Lande wieder Deutsche zu wählen, anstatt Vertreter, die in dem betreffenden Lande geboren sind und daher engere Beziehungen zu ihm haben.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß ich wohl festgestellt habe, das Hinausenden der Deutschen als Vertreter deutscher Firmen in fremden Ländern gebe einen der vielen Gründe zum Haß gegen uns. Warum dies so ist, wurde von mir erklärt. Ich habe aber nicht den Schluß daraus gezogen, daß es falsch wäre, sie hinauszusenden. Ich bin vielmehr so durchdrungen von der überwiegenden Notwendigkeit dieser Maßnahme, daß ich den leider noch daraus entspringenden Haß der andern gegen uns zwar als ein unangenehmes, aber nicht zu vermeidendes Ereignis mit in die Rechnung ziehe.

Das Erkennen der wahren Gründe des Hasses sehe ich als die einzige Möglichkeit an, die andern verstehen zu lernen, und dies müssen besonders jene Kaufleute und Ingenieure lernen, die berufen sind, mit den uns heute feindlich gegenüberstehenden Völkern später wieder zu arbeiten.

Mein Aufsatz ist nicht so aufzufassen, als ob damit der Grund des Hasses der andern gegen uns restlos aufgeklärt wäre; der Aufsatz soll nur einige von den vielen Gründen darlegen, mit dem Zweck, ein Beitrag zu sein, jene Gründe des Hasses kennen zu lernen, die aus dem Warenaustausch entspringen.

Ferner schreibt Hr. Mueller, der von mir angegebene Grund erscheine nebensächlich gegenüber der Tatsache, daß die gleiche Feindseligkeit gegen uns auch in solchen Ländern besteht, wo die andern Staaten ausschließlich oder vorwiegend Fertigwaren einführen. Ich habe ausführlich in meinem Aufsatz darauf hingewiesen, daß Deutschland mit seiner großen und überall verbreiteten Menge von ausgeführten Fertigwaren damit alle andern Staaten weit in den Hintergrund stellt; dagegen sind die Fertigwaren, womit andere Völker einige Staaten vielleicht vorwiegend, oder, was ich bezweifle, ausschließlich versorgen, jener Art, die nicht nachteilig, sondern meist vorteilhaft auf das Gemüt wirken.

Endlich möchte ich Hrn. Mueller darauf aufmerksam machen, daß auch er dem allgemein verbreiteten Irrtum unterliegt, Hunderttausende und Millionen von Deutschen wären in allen Ländern der Erde verbreitet. Die amtlichen Zahlen verringern diese Ansicht sehr. Von Millionen kann man da nur bei den Vereinigten Staaten von Amerika zutreffend sprechen.

Felix Stahl.

Hr. Dr. Th. Schuchart hat sich zu den Ausführungen des Hrn. Mueller folgendermaßen geäußert:

Die Ausführungen des Hrn. Stahl in den „Preußischen Jahrbüchern“, Band 159, bieten meines Erachtens zu der in „Technik und Wirtschaft“ S. 169 gezogenen Schlußfolgerung, daß Stahl die Vertretung deutscher Firmen im

Ausland durch Deutsche für unrichtig hält, keinen hinreichenden Anlaß. Stahl kennzeichnet die psychologischen und praktischen Wirkungen des deutschen Auftretens im Ausland und zeigt die Gründe unserer Überlegenheit und unserer Schwäche. Im einzelnen wird sich nichts Wesentliches gegen seine Ansichten einwenden lassen.

Ich habe deshalb keinen Anlaß, meinen Standpunkt, daß „deutsche Firmen fortan mit der Übernahme ihrer Vertretung ausschließlich Deutsche betrauen sollen“, zu ändern. Es ist in der Tat eine große Unterlassungssünde, die wir uns in unserer großen Wertschätzung ausländischem Wesen gegenüber haben zuschulden kommen lassen, daß wir bisher durchweg mit viel zu wenig Kritik die Frage der Nationalität unserer ausländischen Vertretungen geprüft haben. Unzweifelhaft sind deutscherseits sehr viele Vertretungen den Angehörigen fremder Nationalitäten übertragen worden, die man ohne geschäftliche Einbuße auch deutschen Firmen hätte geben können.

Wie im einzelnen zweckmäßigerweise die Vertretungen ausgebaut werden, unterliegt natürlich besonderen Erwägungen. Ich stimme Hrn. Mueller insofern durchaus bei, als er die Verschiedenheit der Lösungen betont. Seiner Ansicht, daß sich über die Frage der Vertreternationalität überhaupt kein Grundsatz aufstellen läßt, trete ich aber entgegen und behaupte, daß uns die Grundansicht unerläßlich ist, daß wir als Deutsche in erster Linie Deutsche mit der Vertretung unserer Interessen betrauen.

Die weiteren Ausführungen des Hrn. Mueller, die sich mit der Frage eines unabhängigen deutschen Weltnachrichtendienstes beschäftigen, veranlassen mich auf Grund meiner Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse auf diesem Gebiete zu den folgenden Bemerkungen. Mit dem „Kenntnisverbreiten“ und „Belehren“ ist es im allgemeinen freilich nicht allein getan. Unerläßlich aber ist es, das deutsche Wesen dem Ausländer psychologisch näherzubringen und das Ausland der einseitigen Meinungsbeeinflussung zu entziehen. In dieser Hinsicht zu wirken, ist aber in sehr erheblichem Umfange Sache eines unabhängigen deutschen Weltnachrichtendienstes. Daß hier bis zum Krieg außerordentlich viel versäumt worden ist, wird wohl jeder, der die für die Bildung der öffentlichen Meinung des Auslandes geltenden Umstände etwas näher kennt, nicht zu bestreiten vermögen. Der peinlichen Unterscheidung zwischen der Meinung im Umfang der Handelsinteressen und der der Allgemeinheit vermag ich nicht beizustimmen. Natürlich ist für uns kein Anlaß, uns auf die Unübertrefflichkeit unsrer geschäftlichen Verfahren und unsrer Denkweise zu versteifen. Beides ist sicherlich in mancher Hinsicht verbesserungsbedürftig. Doch stehen die Mängel, die wir in dieser Beziehung zu überwinden haben, meines Erachtens in gar keinem Verhältnis zu den entsprechenden Verhältnissen des Auslandes. Es scheint fast so, als sollte sich hier abermals zeigen, wie sehr die Deutschen an dem Fehler leiden, die handgreiflichen Schwächen und Rücksichtslosigkeiten des Auslandes entschuldbar zu finden.

D r . T h . S c h u c h a r t .

## II. DER GELD- UND WARENMARKT.

### Die Roheisenerzeugung Deutschlands.

Die Roheisenerzeugung Deutschlands stellte sich im März auf 938 438 t gegen 1 602 896 t im März 1914, sie blieb mithin um 41,5 vH gegenüber dem Vorjahre zurück. Im April betrug die Erzeugung 938 679 (1 534 429) t, sie ist mithin um 38,8 vH geringer. Im ersten Vierteljahr wurden 2 016 194 t Roheisen gegen 4 615 612 t im Vorjahre oder 56,4 vH weniger erblasen. Das Verhältnis zur vorjährigen Erzeugung hat sich im Vergleich mit den Vormonaten, wenn auch langsam, weiter gebessert.

### Die Roheisenerzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika.

In den Vereinigten Staaten wurden im März 2,06 Mill. t Roheisen gegen 2,34 Mill. t im Vorjahre, im April 2,12 Mill. t gegen 2,27 Mill. t gewonnen. Die Erzeugung hat mithin dauernd zugenommen und wird bald den vorjährigen Stand erreichen und überschreiten. Diese Besserung hängt nicht zum wenigsten mit der gesteigerten Stahlerzeugung für europäische Kriegszwecke zusammen. Im April waren bereits 195 Hochöfen gegen 211 im Vorjahre im Betriebe.

### Der Versand des Stahlwerksverbandes.

(Siehe Schaubild S. 244)

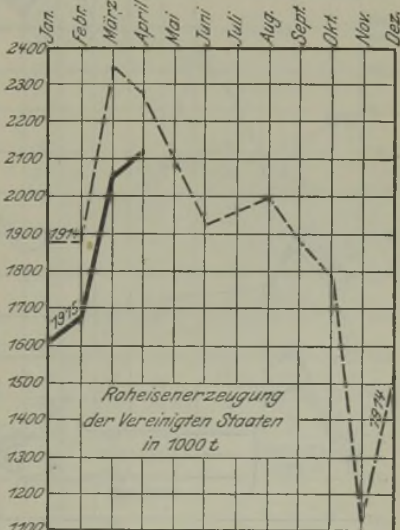
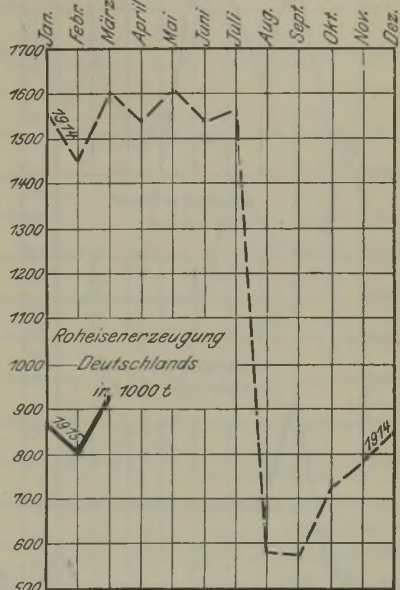
Der Versand des Stahlwerksverbandes in Produkten A betrug im März 351 560 t gegen 560 527 t. Im April stellte er sich auf 298 000 t (512 545 t). Der Rückgang der Erzeugung gegenüber den Vormonaten ist jedenfalls durch die Osterfeiertage bedingt. Von dem Gesamtversand entfielen auf Halbzeug im März 86 865 (153 170) t, im April 77 000 (133 841) t, auf Eisenbahnmateriale im März 160 434 (206 324) t, im April 128 000 (199 140) t, auf Formeisen im März 104 260 (201 033) t, im April 93 000 (179 464) t. Der starke Rückgang der diesjährigen Erzeugung gegenüber der vorjährigen in Halbzeug hat sich wieder etwas ausgeglichen, während der Versand in Formeisen noch stark zurücksteht. Im Eisenbahnmateriale ist im März eine Besserung eingetreten, der im April eine leichte Verschlechterung folgte.

### Reichsbank, Bank von England, Bank von Frankreich.

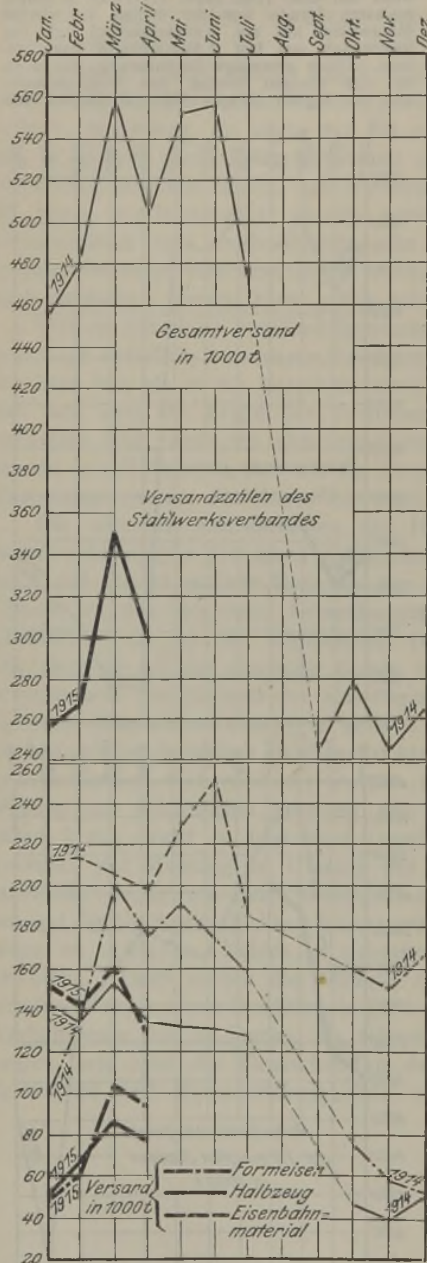
In der Diskontpolitik der großen Notenbanken ist in den letzten beiden Monaten nur die Herabsetzung des österreichisch-ungarischen Bankdiskonts von 5 1/2 auf 5 vH zu nennen, im übrigen herrscht in den meisten großen Ländern mit Ausnahme Rußlands ein Bankdiskont von 5 vH, in Rußland ein solcher von 6 vH, in den nördlichen Ländern und Italien von 5 1/2 vH, in der Schweiz und Spanien von 4 1/2 vH.

Bei der Deutschen Reichsbank haben sich die Geldverhältnisse weiterhin recht günstig entwickelt. Der Goldbestand, der Ende Februar auf 2270 Mill. M gestiegen war, hat sich weiter erheblich gekräftigt. Er ist Ende April auf 2368 Mill. M hinaufgegangen, während er im Vorjahre nur 1324 Mill. M betragen hatte, sieht also heute um fast 75 vH höher. Der gesamte Metallbestand hat von 2314 (1611 bezw. 1192) Mill. M auf 2417 (1657 bezw. 1252) Mill. M zugenommen.

Das Wechselkonto setzte seine im Februar begonnene Steigerung fort und erreichte Ende März mit 6860 (1362 bezw. 1717) Mill. M seinen höchsten Stand. Von der dritten zur vierten Märzwoche hat der Wechselbestand bei der Reichsbank um fast 2 Milliarden M zugenommen. Diese gewaltige Veränderung, die auch bei den übrigen Konten des Notenumlaufes und der täglich fälligen Verbindlichkeiten von



der dritten bis zur vierten Märzwoche zu beobachten war, hing mit Ultimo und Quartalswechsel und den damit verbundenen Vorbereitungen für die Einzahlungen auf die zweite



Kriegsanleihe zusammen. Im April ist dann das Wechselkonto dauernd entlastet worden und hat am 23. April einen Tiefstand von 3434 (870 bezw. 1192) Mill. M erreicht, ist also innerhalb dreier Wochen auf den halben Betrag zurückgegangen und Ende April wieder leicht auf 3788 (925 bezw. 1244) Mill. M gestiegen. Der Notenumlauf konnte im März weiter erhöht werden und stieg Ende des Vierteljahres auf 5624 (2428 bezw. 2325) Mill. M. Bis in die dritte Aprilwoche ist dann der Notenumlauf auf 5055 (1915 bezw. 1843) Mill. M zurückgegangen, bis dann der durch den Ultimo April gesteigerte Bedarf an Zahlungsmitteln wiederum eine Erhöhung des Notenumlaufes auf 5310 (2101 bezw. 2050) Mill. M hervorrief. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten, die Ende Februar 1582 (905 bezw. 564) Mill. M betragen hatten, sind während des Monats März, besonders aber in seiner letzten Woche, gewaltig angestiegen und erreichten einen höchsten Stand von 4037 (890 bezw. 744) Mill. M. An der Erhöhung dieser Verbindlichkeiten sind die Staatsguthaben und auch die Privatguthaben beteiligt. Im April sind dann infolge der Einzahlungen auf die Reichsanleihe die Privatguthaben erheblich weiter zurückgegangen. Ihren niedrigsten Stand erreichten sie am 23. April mit 1431 (1007 bezw. 695) Mill. M.

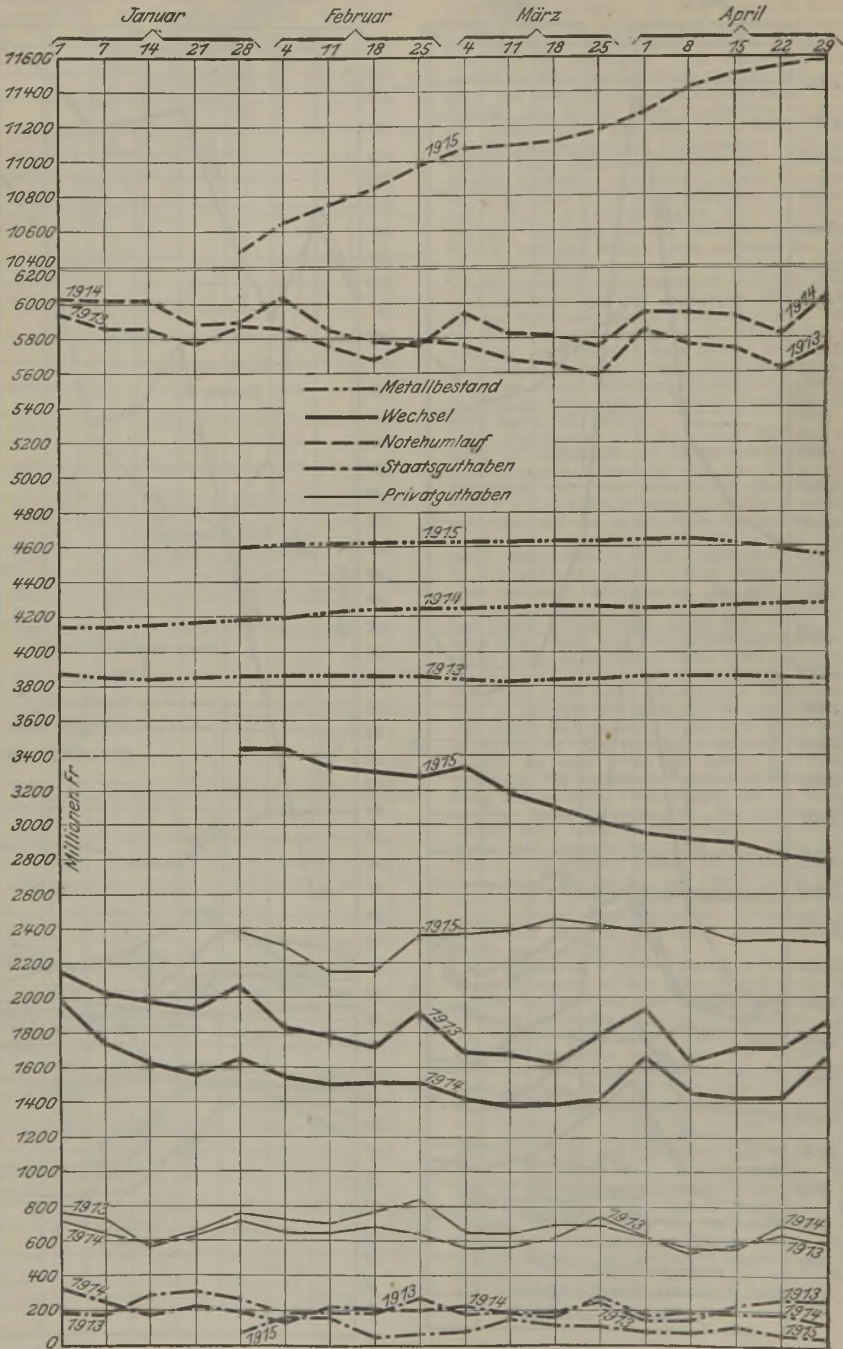
Bei der Bank von England läßt sich im März im Gegensatz zur Deutschen Reichsbank eine andauernde Verringerung des Barvorrates feststellen, der von 59,99 (41,79 bezw. 37,48) Mill. £ auf 53,87 (39,01 bezw. 36,30) Mill. £ zurückgegangen ist. Bis in die dritte Woche des April hinein haben die Barvorräte bis zu 54,64 (36,89 bezw. 38,20) Mill. £ leicht zugenommen. Das Wechselkonto zeigte in den letzten Monaten eine dauernde Anspannung, die nur vorübergehend unterbrochen worden ist. Einem Bestande von 118,17 (38,63 bezw. 42,53) Mill. £ am Anfang März steht ein Wechselbestand von 146,69 (42,46 bezw. 32,99) Mill. £ Ende April gegenüber. Der Notenumlauf zeigte in den letzten Monaten März und April keine wesentlichen Veränderungen, er bewegte sich zwischen 34 und 35 Mill. £ und stellte sich Ende April auf 34,87 (28,88 bezw. 28,99) Mill. £. Um so stärker sind die Veränderungen auf dem Konto der Staats- und Privatguthaben. Die Staatsguthaben sind im Zusammenhang mit weiteren Einzahlungen auf die Kriegsanleihe dauernd gestiegen. Sie stellten sich Anfang März auf 51,87 (22,44 bezw. 24,64) Mill. £, Ende April dagegen auf 132,07 (19,02 bezw. 15,73) Mill. £. Umgekehrt haben die Privatguthaben nach einer Steigerung auf 129,76 (39,93 bezw. 40,53) Mill. £ in der ersten Märzwoche einen nur vorübergehend unterbrochenen Rückgang gezeigt; sie beliefen sich Ende April auf 87,03 (43,13 bezw. 39,57) Mill. £.

Bei der Bank von Frankreich (S. 246), über deren Bewegung wir seit längerer Zeit wieder berichten können, da jetzt fortlaufende und vollständige Ausweise veröffentlicht werden, fällt vor allem die andauernde gewaltige Steigerung des Notenumlaufes auf, der fast doppelt so hoch wie im vorigen Jahr ist. Ende April waren nicht weniger als 11584 (6038 bezw. 5748) Mill. Fr in Umlauf. Der Metallbestand verringert sich langsam; er stellte sich Anfang Februar auf 4601 (4199 bezw. 3858) Mill. Fr und Ende April auf 4545 (4276 bezw. 3841) Mill. Fr. Das Wechselkonto, das Ende Januar 3426 (1640 bezw. 2063) Mill. Fr betragen hatte, ist bis Ende April auf 2789 (1648 bezw. 1864) Mill. Fr gesunken. Bedeutend ist die Menge der bei der Bank von Frankreich niedergelegten Privatguthaben, welche die Beträge des Vorjahres ungefähr um das Dreifache übertreffen. Ende April waren 2317 (631 bezw. 591) Mill. Fr Guthaben vorhanden.





**Bank von Frankreich.**



### III. MITTEILUNGEN AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

#### INDUSTRIE UND BERGBAU.

##### Fortsschritte auf dem Gebiete der Ernährung im Kriege.

Die Kriegszeit hat begreiflicherweise auch die Forscherarbeit auf dem Gebiete der Ernährungsphysiologie zu neuen Untersuchungen lebhaft ange-regt, und eine Reihe von Vorschlägen hat auch durch die Tagespresse ihren Weg in die breite Oeffentlichkeit gefunden. Für die ruhige Durch-arbeitung dieser für die ganze Volks-wirtschaft wichtigen Fragen ist das nicht immer von Vorteil gewesen. Neben wertvollen Anregungen, die der Krieg gebracht hat, finden sich man-cherlei Vorschläge, die scharfen Wider-spruch seitens der sachverständigen Fachleute gefunden haben, während ein Teil der Tagespresse unter dem Eindruck von Aufsätzen phantasievoller Laien übertriebene Hoffnungen und irrige Ansichten zum mindesten eine gewisse Zeit hindurch stark gefördert hat. So konnte es auch kommen, daß große Geldmittel für technische nicht ganz gerechtfertigte Versuche flüssig gemacht wurden, die früher oder später herbe Enttäuschungen bringen mußten und gebracht haben. Ein besonderes Verdienst hat sich daher der unge-nannte Verfasser der Wochenrundschau der Mitteilungen der deutschen Land-wirtschafts-Gesellschaft erworben, der solche Eintagsfliegen unter die kritische Lupe zu nehmen pflegt.

Die Behandlung der höchst inter-essanten Aufgabe der Darstellung von synthetischem Eiweiß in der Form von Trockenhefe ist durch die wertvollen Arbeiten des unter Leitung von Ge-heimrat M. Delbrück stehenden In-stituts für Gärungsgewerbe sicherlich einen Schritt vorwärts gebracht wor-den. In der ersten Aprilnummer der Zeitschrift für Spiritusindustrie heißt es:

»Die Massenherstellung von Futter-eiweiß steht in Aussicht. Kohlenhy-drate stehen in Deutschland aus Hack-früchten, Kartoffeln, Zuckerrüben, Fut-terrüben in ausreichender Menge zur Verfügung. Es fehlen aber die aus-ländischen eiweißreichen Krafftutter-mittel. Es ist nun dem Institut für

Gärungsgewerbe gelungen, ein Ver-fahren zu finden, wonach aus schwefel-saurem Ammoniak und Zucker in ein-fachstem Fabrikationsgange unter Be-nutzung der Erfahrungen der Bäcker-hefefabrikation Futterhefe mit über 50 vH Eiweiß hergestellt wird. Die Fa-brikation kann sofort von den bestehen-ten Lufthefefabriken, die zurzeit ihre Fabrikanlagen fast nur zur Hälfte aus-nutzen, aufgenommen werden. Es muß aber in großen Anlagen die Massen-erzeugung ins Auge gefaßt werden.

»Der Fehlbetrag an Eiweiß aus der mangelnden Einfuhr von Futtergerste kann auf diese Weise spielend ersetzt werden. Das Verfahren ist geeignet, uns auf die Dauer von der Einfuhr ausländischer Krafftuttermittel unab-hängig zu machen.

»Nicht geringer als der praktische ist der wissenschaftliche Wert, denn das Verfahren erlaubt zugleich einen tiefen Einblick in die Arbeitsleistung des Zell-lebens der Mikroorganismen. Der bei der Fabrikation sich abspielende Ar-beitsvorgang zeigt, daß die Hefezellen befähigt sind, unmittelbar, d. h. ohne Zwischenstufen und Zeitaufwand, aus Zucker und Ammoniak das Eiweiß aufzubauen.«

A. Mayer macht in Nr. 30 der Deut-schen landwirtschaftlichen Presse da-gegen folgende Einwendungen: »Man sollte, ehe man in dieses Unternehmen Kapitalien festlegt, sich erstlich die Frage zu beantworten suchen, ob der synthetische Stickstoff, der uns zu Ge-bote steht, nicht besser auf dem Felde zu Grünroggen und Runkelrüben zu verwenden wäre, als in der Fabrik zur Erzeugung eines in so großen Ver-hältnissen doch keineswegs noch zwei-fellos bewährten Futtermittels.« Da weitere eingehende Mitteilungen von seiten des Instituts für Gärungsgewerbe bisher nicht erschienen sind, so scheint es, als wenn die Frage der Beschaf-fung künstlicher Eiweißstoffe noch nicht als ganz abgeschlossen zu er-achten ist.

Handelt es sich bei dem oben ge-schilderten Verfahren jedoch in erster

Reihe darum, ob die Gewinnung eines unbedingt als wertvoll zu bezeichnenden Futtermittels sich im großen als wirtschaftlich erweisen wird, so sind bei der Beurteilung eines andern Verfahrens bereits gegen das Erzeugnis selbst erhebliche Bedenken geäußert worden. Der Physiologe H. Friedenthal hat nämlich kürzlich vorgeschlagen, zur Erhöhung der Verdaulichkeit des Strohes Strohmehl herzustellen, um hierdurch ein wertvolles Futtermittel für die Schweine zu erzielen. Der bekannte Agrikulturchemiker Professor O. Lemmermann, Berlin, hat aber, ebenso wie hervorragende Physiologen, sehr starke Bedenken gegen den Wert dieses Verfahrens geäußert und vor allem darauf hingewiesen, daß selbst bei staubfeiner Zermahlung des Strohes die Verdaulichkeit gegenüber dem einfachen Häcksel kaum verändert wird. Mit Recht hat er sich ferner auch gegen die Verwendung von Holzmehl, wie sie von dem Botaniker Professor Haberlandt vorgeschlagen worden ist, ausgesprochen. Die Tatsache, daß man in den Hungerjahren 1816/17 auch Holzmehl für Backzwecke verwandt hat, kann die Vorschläge Haberlandts in keiner Weise unterstützen; denn damals verfügte man in Deutschland noch nicht wie jetzt über jene großen Mengen Kartoffeln, die man bekanntlich mit so großem Erfolg und ohne Gefährdung der Gesundheit zur Streckung der Getreidevorräte benutzt hat.

Weit wertvollere Anregungen hat dagegen der österreichische Agrikulturchemiker Professor Stoklasa über den Stand der Brotfrage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn während des Krieges in einem Aufsätze gegeben, der in der Chemiker-Zeitung<sup>1)</sup> erschienen ist. Vor allem hat er gezeigt, daß Gerstenmehl und Maismehl ohne weiteres dem Roggen- und Weizenmehl zugesetzt werden können, und daß sich die mit diesen Mischungen hergestellten Brote vorzüglich für die Volksernährung eignen. Das Maisbrot war selbst noch nach 10 Tagen weich und genießbar, was dem großen Fettgehalt zuzuschreiben ist. Maismehl und Roggenmehl gemischt können jedenfalls als Ersatz für Weizenmehl

zur Herstellung eines vorzüglichen, gut verdaulichen Brotes benutzt werden.

Auch mit Kartoffelwalmehl hat man in Oesterreich befriedigende Versuche gemacht und dadurch die deutschen Erfahrungen bestätigt. Stoklasa weist ferner darauf hin, daß das bisherige Verfahren der Broterzeugung nicht wirtschaftlich sei, und daß man sich zweckmäßig der Herstellung von Vollkornbrot zuwenden solle. Wenn man die jetzige Nahrung der Menschen betrachtet, findet man, daß sie verhältnismäßig wenig Phosphor, Kalium, Kalzium, Magnesium und Eisen in organischer Form aufweist, weshalb die Erzeugung eines Vollkornbrotes nach Stoklasa eine Aufgabe von außerordentlicher Wichtigkeit ist, da der Abbau der Kohlenhydrate im menschlichen und tierischen Körper nur bei Gegenwart dieser Elemente restlos verläuft. Mit Rücksicht auf diese Tatsachen stellt auch die Vorschrift einer weitgehenden Ausmahlung des Getreides eine in jeder Hinsicht sehr zweckmäßige Maßregel dar. H.

**Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Teerfarbenindustrie.** Von F. Redlich. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen, herausgegeben von G. Schmoller und M. Sering. 180. Heft. München und Berlin 1914, Duncker & Humblot. 100 S. Preis 3 M.

Die vorliegende Studie über die Entwicklung der deutschen Teerfarbenindustrie, die zuerst als Berliner Doktorarbeit erschienen ist, gehört zu den nicht allzu zahlreichen Schriften, in denen Technik und Wirtschaft zu ihrem vollen Rechte gekommen sind. Der Verfasser hat sich nach eingehender Beschäftigung mit der Chemie später der Volkswirtschaftslehre zugewandt und konnte infolgedessen manche Fehler vermeiden, die bei der Behandlung chemischer Fragen durch Nichtfachmänner dem Chemiker zu Ausstellungen so vielfachen Anlaß bieten. Gerade jetzt wird die Redliche Studie, die überall ein fleißiges Durcharbeiten der Literatur erkennen läßt, auf allgemeineres Interesse rechnen können, da man in England wieder dort anknüpfen möchte, wo man seit 40 Jahren stehen geblieben war. Auch Redlich beschäftigt sich mit den Ursachen des glänzenden Aufstieges

<sup>1)</sup> vom 10. und 17. April 1915.

der englischen und französischen Teerfarbenindustrien, die jedoch durch die zwar später, aber dann sehr energisch einsetzende Entwicklung der deutschen Farbenindustrie überholt worden sind. Besonders wertvoll erscheint in der vorliegenden Schrift die Behandlung der finanziellen Fragen und der Arbeiterfragen, die manches weniger bekannte Schriftstück an das Licht gezogen hat. Die Behandlung der außerdeutschen Teerfarbenindustrie ist leider etwas knapp gehalten, dagegen ist dem Werk ein reicher statistischer Anhang

beigegeben, der über folgende Fragen eingehende Aufschlüsse ergibt:

Deutschlands Außenhandel mit Teerprodukten während der Jahre 1880 bis 1912; Ausfuhr der Fabrikate der Teerfarbenindustrie; Ausfuhr der Schweiz an Teerfarbstoffen (1885 bis 1912); Ausfuhr der wichtigsten Produkte der deutschen Teerfarbenindustrie nach der Schweiz (1893 bis 1912); Ausfuhr der Fabrikate der deutschen Teerfarbenindustrie nach England, Frankreich, Rußland und den Vereinigten Staaten.  
H. Gr.

## HANDEL UND VERKEHR; GELDWESEN.

**Der Kaufmann auf der Bugra in Leipzig<sup>1)</sup>.**

Das Haus »Der Kaufmann« auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik enthält ausgezeichnetes, von Schulen und Körperschaften ausgestellttes Anschauungsmaterial für die Warenkunde. Jedem, der im praktischen Leben steht und nach Arbeitsvereinfachung und nach Arbeitskontrolle trachtet, werden vor allem die Organisationsvorschläge und Bureauvorschläge interessant sein, und da muß ich sagen, daß ich von dem auf der Bugra Gezeigten in dieser Hinsicht nicht ganz befriedigt bin.

Gewiß ist manches Beachtenswerte zu sehen. Als eine wichtige Ergänzung der ja überall bekannten Karteothek erscheint mir die neuerdings erheblich verbesserte Adressiermaschine (Adrema) zum Selbstschreiben von Adressen für regelmäßigen Drucksachenversand, Briefaufschriften, Namensaufschriften für Lohnbeutel usw. Es gab schon bisher derartige Maschinen, bei denen die Adressen mittels Gummitypen zusammengesetzt wurden; die hier ausgestellte Adressiermaschine prägt mit Hülfe einer sehr einfach zu handhabenden Vorrichtung die Adressen in Blech, ein bedeutender Fortschritt gegen früher!

Beachtenswert sind außerdem die große Anzahl Rechenmaschinen, die in verschiedenen Systemen gezeigt werden. Im übrigen stehen davon auch einige in der Maschinenhalle 2; alle diese Maschinen verdienen jedenfalls volle Beachtung.

Erwähnen möchte ich von neuzeitlichen Einrichtungen den Diktierapparat.

Diktierapparate haben sich bis heute noch nicht richtig einführen wollen; größere Unternehmungen haben sie vielfach wieder zur Seite gestellt. Fragt man sie: warum, so wird man nur zu oft die Antwort erhalten, daß der Apparat den Angestellten schon nach kurzer Zeit mehr zum Zeitvertreib gedient habe. Man sollte sich aber dadurch doch nicht abschrecken lassen, sich diese Apparate vorführen zu lassen. Oft hört man Bedenken wegen der Abänderungen, wenn man einen gesprochenen Satz nachträglich ändern will; doch sind auch für diese Fälle, wie man sich überzeugen kann, sehr praktische Vorkehrungen getroffen.

Großes Interesse erregt noch ein Chef-Musterkontor (Osterwald); Das bloße Beschauen genügt aber hier nicht, man wird den Wert der Einrichtungen erst auf Grund von mündlichen Erläuterungen richtig verstehen und schätzen lernen. Schade, daß man sich in diesem Musterkontor lediglich mit der Anbringung von Ueberschriften bei den einzelnen Einrichtungen begnügt hat; wäre es nicht lehrreicher und anregender gewesen, praktische Beispiele, Fälle, wie sie sich wirklich ereignen, zu verwerten?

Nun zu dem kaufmännischen Bildungswesen!

Da ist zunächst die sogenannte Register-Buchführung. Die Meinung Sachverständiger geht dahin, daß der Gedanke, der hier verwertet ist, sich für die Privatbuchhaltung recht gut eignen könne, für die große Praxis dagegen nicht gut verwendbar sei. Nach diesem System werden alle Geschäftsvorfälle nur in ein einziges Grundbuch eingetragen und aus ihm unmittel-

<sup>1)</sup> verspätet veröffentlicht.

bar auf die Sachkonten übertragen. Die Sachkonten werden durch Nummern bezeichnet und darnach die Ergebnisse addiert — welche Verkenntung des praktischen Lebens! Beim Schreiben einer Nummer werden doch viel leichter Irrtümer vorkommen, als beim Schreiben eines Namens! Da es auch ein Einkaufsbuch und ein Verkaufsbuch nicht gibt, so wird man also auch nicht an einem beliebigen Tage des Monats ersehen können: Was und wieviel ist Einkauf, was und wieviel ist Verkauf?

Ganz besonderer Erwähnung bedarf das Anschauungsmaterial zur Erlernung von fremden Sprachen. Ueberaus zahlreich ist auch für Buchführung und Wechsellehre Anschauungsmaterial vorhanden, und ganz besonders hervorragend ist hierin Oesterreich vertreten. Man darf das aber nicht überschätzen, denn man hat noch nie gehört, daß deswegen unsere deutschen Handlungsgehilfen den österreichischen unterlegen wären.

Recht viele Statistiken sind vorhanden; der Praktiker wird aber vergeblich nach dem suchen, was ihn interessieren könnte. Statistiken in Hülle und Fülle über Lehrpläne, Schulbesuch, Gehälter, Anforderungen an die Angestellten usw. Leider aber nichts darüber, wie wohl Statistiken in der Praxis über alle Arten Unkosten in Fabrikation und Verkauf zusammengestellt werden. Man wird nicht verlangen können, daß Statistiken mit tatsächlichen Ergebnissen aus diesem oder jenem Fabrikationszweige vorliegen, denn es wird wohl kein Unternehmen geben, das darüber etwas bekannt geben möchte; es wäre aber sicherlich für viele Kreise lehrreich gewesen, wenn gezeigt worden wäre, wie solche Statistiken entstehen: ihr Ursprung und ihr Zusammenlaufen.

Unter dem Anschauungsmaterial befinden sich auch eine Anzahl Mappen mit recht guten Musterbriefen — Musterbriefe aus der Praxis —, leider ist aber nichts zu finden, was nicht schon in Handelsschulen und sogar auch in vielen technischen Schulen gelehrt wird. Briefe über Versicherung, Spedition, Kolonialwaren; die Industrie fehlt hier fast ganz, wenigstens soweit es Briefsammlung betrifft. Mit Genugtuung sei festgestellt, daß man die Industrie doch nicht ganz unberücksichtigt gelassen hat; unter der Ueberschrift: »Erziehe-

rische Winke für Korrespondent, Buchhalter, Expedient von Richard Hiemann«, finden wir, zum Teil in Lithographie ausgeführt, 14 Tafeln, die Anregungen in Fülle geben, soweit es auf dem kleinen Raume überhaupt möglich ist. Da ist zuerst eine Zusammenstellung einer Reihe wichtiger Winke für die Buchhaltung, die in ihrem Weitblick und in ihrer Schärfe selbst auch auf den tieferen Kenner Eindruck zu machen nicht verfehlen. Für den Ingenieur beginnt ein größeres Interesse bei der Tafel, die vom Verkaufe handelt; es interessiert ihn, ob und wie verkauft wird, was er mit seiner Arbeiterschaft schafft, und so wird er mit wachsender Aufmerksamkeit die »Winke für den Korrespondenten in Handel und Industrie« lesen, die eine Reihe zweifellos aus großzügiger Praxis entsprungener Ratschläge enthalten und die die Bedeutung derjenigen Angestellten, die die Verbindung mit der Kundschaft aufrecht zu erhalten und auszudehnen haben, nämlich der Korrespondenten, in das richtige Licht stellen. Wo aber der Chef, weil das Unternehmen noch zu klein, noch sein eigener Korrespondent ist — hier findet auch er ohne Umschweife Anregung wie sonst wohl nirgends. Noch weiter ergänzt werden diese Winke für den Korrespondenten durch eine andere große Tafel, enthaltend eine graphische Darstellung des »Weges der Korrespondenzerledigung«.

Ganz besonders aber fesseln den Ingenieur die »Grundzüge der Betriebsorganisation«. Was sonst in Büchern auf vielen Seiten beschrieben ist, ist hier auf einer einzigen Tafel ersichtlich, wie Konstruktion, Vorkalkulation, Einkauf zusammenarbeiten und wie die Materialverwaltung und das Lohnbureau sich selbst verwalten, wie sie kontrolliert werden und wie dieselben Unterlagen, welche für diese beiden Abteilungen die ganze Grundlage bilden, zur Aufstellung der wirklichen, nicht geschätzten und nicht zurechtgestutzten Selbstkosten selbsttätig weiterlaufen.

Ueber allem diesen sehen wir aber eine muskulöse Faust, die eine Fackel in der Hand hält, in deren Flammen zu lesen ist: »Ohne Kommissionsnummer keine Materialien, ohne Kommissionsnummer keinen Lohn!« Eine Darstellung von packender Wirkung für

den, der hinter die Kulissen geschaut hat oder schauen möchte. Sie ist wertvoll für gewerbliche Fortbildungsschulen, für Arbeiter und für manchen Werkmeister: Gehet hin zur Besichtigung dieser Tafel und überzeugt euch, daß es nicht Mutwillen oder eine fixe Idee ist, wenn Ihr Materialien ohne schriftliche Belege nicht ausgeliefert erhaltet und wenn Ihr ohne genaue Angaben in Lohnzetteln keinen Lohn bekommt! Diese Tafel wird euch überzeugen, daß Ihr diese Unterlagen nur geben müßt, weil sonst eine geordnete Verwaltung einfach unmöglich ist.

Wieviel Arbeit und Unruhe, wieviel Mißheiligkeiten würden in Zukunft allen Beteiligten und wieviel Verluste würden den Unternehmungen erspart bleiben, wenn sich die Fortbildungsschulen in Zukunft auch diesem Stoffe widmen würden, auch die kaufmännischen Fortbildungsschulen, denn auch von Handlungsgehilfen habe ich bis heute noch nie einen getroffen, der nicht mit Mühe erst über diese ersten Grundsätze hätte belehrt werden müssen. Ich entsinne mich eines großen kaufmännischen Verbandes, der schon vor Jahren — zu Zeiten noch, da z. B. den Hörern auf Handelshochschulen in einem einzigen Semester Buchführung für Industrie und Handel und auch noch für Bank und Spedition gelehrt wurde — Kurse über obige Gegenstände mit ganz zergliederter Programm einrichtete, wozu auch Ingenieure und Techniker mit eingeladen wurden. Es kann auf diesem Gebiet aber noch weit mehr getan werden. Ich habe immer das Gefühl, als ob den angehenden kaufmännischen Angestellten bereits in der Handelsschule weit mehr zugetraut werden müßte; es betrifft dies auch Korrespondenten. Jeder Ingenieur, der an dem Verkauf mit beteiligt ist und dadurch in Berührung mit dem Korrespondenten kommt, wird zugeben, daß viele Neulinge mit einer übermäßig großen Zughaftigkeit und Unkenntnis über ihre Obliegenheiten ans Werk gehen.

Zum Schluß nur noch eine Bemerkung: Ich hörte wiederholt die Äußerung, daß man eigentlich nicht recht wisse, wie »der Kaufmann« auf eine Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik kommt. Dieser Ansicht kann natürlich nicht beipflichtet werden,

denn es sind jedenfalls ganz bedeutende Summen, für die gerade der Kaufmann im Lauf eines Jahres von dem graphischen Gewerbe kauft. Aber der Meinung könnte man auch sein, daß die Verbindung zwischen Graphik und Kaufmann im Hause »des Kaufmanns« hätte zum Ausdruck kommen müssen. Der 14te Ratschlag der Tafel »Der Korrespondent in Handel und Industrie« lautet:

Befleißige Dich, auch selbst Propaganda-Drucksachen für Dein Gebiet entwerfen zu können; vergiß daher nicht, daß Du auch über gewisse Kenntnisse in Buchdruck und in den heutigen Reproduktionsverfahren verfügen mußt; Du mußt wissen, welche Bewandnis es mit Holzschnitt, mit Strichätzung und mit Autotypie hat, wie die Papierqualitäten zu diesen Reproduktionsverfahren sich verhalten und in welchen Fällen das Stereotypverfahren Vorteile bieten kann usw.

Goldene Worte sind dies für den Korrespondenten, wohl, um Anregung zu geben, aber doch zu wenig, um die Verbindung zwischen Kaufmann einerseits und Buchgewerbe und Graphik andererseits sichtlich erkennbar zu machen; vielleicht findet diese Anregung in späteren Fällen Beachtung. R.

#### Die Reichsbank im Jahre 1914.

Dem Verwaltungsbericht der Reichsbank mußte man von vornherein mit besonderer Spannung entgegensehen, da die von unserer Zentralnotenbank anlässlich des Krieges ergriffenen Maßnahmen auch auf ihre Geschäftsgebarung nicht ohne Einfluß bleiben konnten. Was an der Tätigkeit der Reichsbank diesmal besonders ins Auge fällt, ist die außerordentliche Steigerung der Umsätze, die sich von 422,3 Milliarden M im Jahre 1913 auf 521,7 Milliarden M im Jahre 1914 gehoben haben. Mit diesen Gesamtumsätzen marschiert die Reichsbank an der Spitze aller übrigen Banken; denn bei der Deutschen Bank, die ihr zunächst in weitem Abstände folgt, hatten die Umsätze mit 132 Milliarden M im Jahre 1912 ihren höchsten Stand erreicht, während die Jahre 1913 und 1914 mit 129,2 bzw. 117,5 Milliarden M einen Abstieg bedeuten. Diese gewaltigen Umsätze sind durch das reich gegliederte Netz der Reichsbankhaupt- und -nebenstellen sowie der sonstigen Unteranstalten

erklärlich, die heut in die Hunderte gehen. An Hauptbank- und Nebenstellen wurden nicht weniger als 488 gezählt. Wir erinnern bei dieser Steigerung der Umsätze daran, daß die Reichsbank im Jahr ihrer Gründung, 1876, einen Umsatz von 36 Milliarden M hatte, 1889 einen solchen von 99,7 und 1903 von 205 Milliarden M. In den letzten 38 Jahren haben sich mithin die Umsätze vervierzehnfacht, in den letzten 25 Jahren mehr als verfünffacht und in den letzten 9 Jahren etwa verdoppelt. Mit diesen eigentlichen geschäftlichen Umsätzen der Reichsbank sind nicht zu verwechseln die Umsätze im sogenannten Abrechnungsverkehr, die von 1909 bis 1913 von 51,4 auf 73,6 Milliarden M gestiegen sind, während sie im Kriegsjahr auf 66,6 Milliarden M zurückgingen.

Die Goldpolitik der Reichsbank hat im abgelaufenen Jahr ihren höchsten Triumph gefeiert. Die Einzelheiten des Goldbestandes und seine wöchentlichen Steigerungen geben wir fortlaufend an anderer Stelle wieder<sup>1)</sup>. Zusammenfassend sei hier nur erwähnt, daß der Goldbestand, der Ende Juli, kurz vor Ausbruch des Krieges, 1253 Mill. M betrug, bis zum 31. Dezember auf 2093 Mill. M, oder um etwa 840 Mill. M gestiegen war, während er heute, Mitte Mai, weiter auf 2376 Mill. M angewachsen ist.

Im Gegensatz zu den Großbanken ist das geschäftliche Ergebnis der Reichsbank im Kriegsjahr außerordentlich günstig gewesen, was angesichts der besonderen Verhältnisse freilich nicht zu verwundern ist. Der erhöhte Geldwert und die wesentlich gestiegenen Wechselanlagen haben einen Ertrag von nicht weniger als 107,8 Mill. M gegen 68,22 Mill. M im Vorjahr und 59 Mill. M im Jahre 1912 erbracht. Wieviel an in- und ausländischen Wechseln im einzelnen verdient worden ist, wird aus begrifflichen Gründen im abgelaufenen Jahre nicht mitgeteilt. Im Vorjahre wurden an Platzwechseln 34,35 Mill. M, an Versandwechseln 26,06, an ausländischen Wechseln 7,8 Mill. M verdient. Der Lombard brachte im abgelaufenen Jahre 4,7 (6,6) Mill. M, erhobene Gebühren 4,3 (3,6) Mill. M, Zinsen von Buchforderungen und Diskonten sowie

Wertpapieren 13,8 (4,7) Mill. M. Der gesamte Bruttogewinn der Reichsbank stellte sich auf 133,3 Mill. M gegen 83,4 Mill. M im Jahre 1913 und 69,8 Mill. M im Jahre 1912. Diesen Einnahmen stehen an Ausgaben 66,3 (32,8) Mill. M gegenüber, darunter an eigentlichen Verwaltungskosten 24,8 (22,6) Mill. M, während auf zweifelhafte Forderungen diesmal in vorsichtiger Weise nicht weniger als 35,3 (1,04) Mill. M zurückgestellt worden sind, eine Vorsichtsmaßnahme, die allen Möglichkeiten angesichts der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse für die In- und Auslandsforderungen Rechnung tragen soll. Man darf annehmen, daß ein recht erheblicher Teil dieser Reserven später wieder für Verteilungszwecke frei werden wird. Trotz dieser außerordentlichen Ausgaben hat die Reichsbank ihren Reingewinn noch immer von 50,6 auf 67 Mill. M steigern können. Sie nimmt von diesem Reingewinn eine neue Reservestellung von 6,2 (4,4) Mill. M vor. Für die Aktionäre bleibt ein verteilter Gewinn von 18,4 (15,2) Mill. M zur Verfügung, der einer Dividende von 10,24 (8,43) vH auf das Aktienkapital oder fast 80 Mill. M entspricht. Der Reichskasse fallen 42,5 (31,0) Mill. M aus dem Reingewinn der Reichsbank zu. Von weiteren bemerkenswerten Ziffern aus dem Geschäftsverkehr der Reichsbank heben wir noch hervor, daß der niedrigste Banknoten-umlauf am 23. Februar mit 1735 Mill. M, der höchste Notenumlauf am 31. Dezember mit 5046 Mill. M bestand, während sich der durchschnittliche Notenumlauf auf 2970 (i. V. 1958) Mill. M stellte. Die Kapitalanlagen bei der Reichsbank erreichten ihren Höchststand am 31. August mit 5018 Mill. M, ermäßigten sich aber bis zum 7. November um 2,3 Milliarden M und hoben sich bis zum Jahresschluß wieder auf 3993 Mill. M. Wenn sich auch die gesamten Anlagen für die Kriegszeit erheblich höher als sonst stellten, so sind andererseits doch auch die Guthaben sowohl des Staates, als auch der Privaten wesentlich über das gewohnte Maß hinausgegangen, so daß die tatsächliche Inanspruchnahme des Kredites der Reichsbank bedeutend geringer ist, als in den Ziffern der Anlagekonten zum Ausdruck kommt. In der Bilanz der Reichsbank erscheint

<sup>1)</sup> Vergl. Geld- und Warenmarkt.



das sogenannte Grundkapital mit 180 (180) Mill. M., der Reservefonds mit 80,55 (77,48) Mill. M., der Reservefonds der zweifelhaften Forderungen mit 41,46 (6,55) Mill. M. Der gesamte Betrag der in Betrieb gegebenen Banknoten stellt sich auf 8418,8 (7050) Mill. M., die Guthaben der Giro- und Kontokorrentgläubiger auf 1754,4 (793,5) Mill. M. Der Barrengoldbestand betrug Ende 1914 432,9 (428,6) Mill. M. An Gold in deutschen Münzen waren 1659 (741) Mill. M. vorhanden. An Scheidemünzen besaß die Reichsbank nur 36,8 (276,8) Mill. M. Mithin war ein Kassenbestand von 1696,6 (1018,1) Mill. M. vorhanden. Reichskassenscheine und Darlehenskassenscheine sind in der Bilanz mit 874,9 (46,2) Mill. M. gebucht. An eigenen Noten besaß die Reichsbank 3372,6 (4456,4) Mill. M., an Noten anderer Banken 5,3 (12,7) Mill. M. Der gesamte Kassenbestand stellte sich mithin auf 5949,6 (5533,5) Mill. M.

#### Gläubigerschutz — Schuldnerschutz.

Von L. Weyrich. Cöthen 1914, Selbstverlag. M 1,—.

Die gewaltigen Zahlen der Konkursverluste, die nach der amtlichen Konkursstatistik vom Jahre 1911 rd.  $\frac{1}{4}$  Milliarde M betragen haben, sind für die deutsche Volkswirtschaft unwiderbringliche Einbußen; die durch die Zwangsrealisation im Konkurs bedingte, oft vorkommende Verschleuderung der Konkursmasse schädigt die übrige Geschäftswelt beträchtlich und läßt eine Untersuchung wünschenswert erscheinen, ob und durch welche Abwehrmaßregeln oder Gesetzesvorschriften eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes möglich sei.

Weyrich glaubt eine Verbesserung der Kreditverhältnisse wie der allgemeinen Finanzlage dadurch erreichen zu können, daß zunächst alle bei Gründungen nachzuweisenden Kapitaleinlagen dem Registerrichter in bar vorzulegen sind, und daß späterhin für alle Rest- und Nachzahlungen in gleicher Weise ein Nachweis zu Händen des Registerrichters erfolgen müsse. Ferner muß alljährlich das noch vorhandene Vermögen, daß aus ordnungsmäßigen Bilanzen hervorgeht, dem Handelsregister nachgewiesen werden. Jede Geschäftseröffnung ohne ein bestimmtes Mindestvermögen ist unstatthaft;

die vorgelegten Bilanzen müssen von öffentlich angestellten kaufmännischen Sachverständigen geprüft und für richtig befunden sein.

Daß die bisherigen Abwehrmaßregeln: Interessenten-, Zweck- und Gläubigerschutzverbände, Verbesserung des Auskunftwesens, nicht genügen, um die Verluste aus gewerblicher und industrieller Kreditgewährung aus der Welt zu schaffen, ist klar; sie haben aber viel zur Verbesserung beigetragen. Der Verfasser kommt auf einen ähnlichen Gedanken, wie ich ihn im ersten Dezemberheft des Magazins für Technik und Industriepolitik in einem Aufsätze: »Zwangsrevision bei Aktiengesellschaften« ausgesprochen habe. Weyrich will alle Gesellschaften unter Gesetzesaufsicht stellen. Nur übersieht er, daß für industrielle Unternehmungen eine Bilanzprüfung durch kaufmännische Sachverständige allein nicht mehr genügt; für die technischen Bilanzwerte müssen unbedingt Techniker als Bilanzprüfer beigezogen werden.

Weyrichs Vorschläge verdienen entschiedene Beachtung in allen interessierten Kreisen. C. M. Lewin.

**Der Handelsteil der Tagespresse.** Von Wilhelm Vogel. Berlin 1914, Franz Siemenroth. Preis 4,50 M.

Der redaktionelle Leiter der Calwerschen »Konjunktur« hat vor kurzem ein Buch veröffentlicht, das gewissermaßen ein Kommentar und Führer für diejenigen Kreise sein will, die dem Handelsteil der Tagesblätter ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn diese Theoretikern und Praktikern sicher willkommene, verdienstliche Schrift infolge des Krieges nicht die gebührende Beachtung fände. Braucht doch hier nicht besonders ausgeführt zu werden, daß für den größten Teil aller, die sich unabhängig von den unmittelbar Beteiligten mit volkswirtschaftlichen Fragen zu befassen haben, der Handelsteil der Tagespresse mit zu den wichtigsten Quellen gehört, aus denen sie sich ihr Urteil bilden können.

Im Hauptteil des Buches hat Vogel neben der Berichterstattung über die wichtigsten Artikel des Welthandels, über Börse, Geldmarkt und Verkehr die Aufgaben der Konjunkturbeobachtung, insbesondere die kritische Tätigkeit des Handelsredakteurs behandelt,

woran sich noch ein interessanter Abschnitt über den Entwicklungsgang und Inhalt der führenden deutschen Handelszeitungen anschließt. Bei der Besprechung der Quellen und Hilfsmittel der Berichterstattung weist Vogel vor allem darauf hin, wie nötig es ist, den internationalen Nachrichtendienst in einer den deutschen Interessen entsprechenden Weise zu erweitern, zumal die großen englischen Bureaus wiederholt die Berichterstattung sehr einseitig gehandhabt und mit Vorliebe zur Schädigung deutscher Wirtschaftsinteressen benutzt haben. Inzwischen hat der Krieg dafür besondere unerwartete und unerwünschte Belege gegeben.

Besonders wertvoll sind Vogels Ausführungen über die Beziehungen zwischen Interessenten und Handelspresse: der moderne Handelsjournalist muß trotz notwendiger Fühlung mit den Interessenten seinen Beruf als ein

munus publicum (Staatsamt) betrachten, das ihn zu strenger Neutralität verpflichtet. Vermöge seiner besonderen Schulung und Erfahrung vermag er den Geschäftsleuten nützliche Fingerzeige zu geben, niemals darf er sklavischer Nachbeter der Meinungsäußerungen von Interessenten sein. Der Handelsredakteur hat die Aufgabe, mitzuwirken, daß bei der Führung der wirtschaftlichen Entwicklung die Wirtschaftswissenschaft an erster Stelle beachtet wird, als dessen publizistische Vertretung die Handelspresse anzusehen ist.

Es ist zu wünschen, daß das Buch Vogels sowohl bei den nächst interessierten Geschäftsleuten, dem kaufmännischen Nachwuchs, als auch bei jungen Volkswirten und Juristen beitragen möge, das Verständnis und Interesse für die hohe volkswirtschaftliche Aufgabe der Handelspresse zu erweitern. Julius Luebeck, München.

## KUNST, KULTUR UND TECHNIK.

Goethes naturwissenschaftliche Sammlungen haben in dem erweiterten Goethe-Nationalmuseum in Weimar nunmehr ein würdiges Heim gefunden. Bisher im alten Goethehaus in Schubladen und Schränken unübersichtlich, zum Teil gar nicht erreichbar zusammengedrängt, sind sie jetzt in einem Anbau wohlgeordnet und anschaulich gruppiert aufbewahrt.

Damit wird eine Seite Goetheschen Schaffens, die der modernen Technik und Ingenieurforschung besonders nahe steht, der Öffentlichkeit im weiteren Umfange zugänglich gemacht. In den Sammlungen tritt uns weniger der Dichter und Künstler entgegen als der Forscher auf den Gebieten der Geologie, Mineralogie, Chemie und Physik, also von Wissenschaften, durch deren praktische Ausnutzung die heutige Technik geschaffen wurde. Der Untersuchungstrieb gegenüber natürlichen Dingen, der Goethe seit seiner Kindheit eigen war, hat nicht nur ein derartig tiefes Eindringen in die induktiven Wissenschaften bewirkt, daß berufene Männer, wie Alexander von Humboldt, seine zahlreichen naturwissenschaftlichen Abhandlungen anerkannten und bewunderten, sondern hat ihn auch befähigt, mehr als ein halbes Jahrhundert hindurch als oberster Leiter der techni-

schen Angelegenheiten der Weimarschen Lande seinem Herzog Karl August wertvolle Dienste zu leisten. Wir sehen ihn mit der Regulierung der Saale beschäftigt oder mit der Instandsetzung der Ilmenauer Silberbergwerke, die durch Wassereinbruch außer Betrieb gesetzt waren, oder mitwirkend bei der Anlage von Chausseen und Brücken, bei der Ausführung von Theateranlagen, Schloßbauten usw. In seinen Dichtungen finden sich viele Stellen, die ohne seine technische Betätigung nicht denkbar wären und den großen Wirklichkeitssinn des Dichters bekunden. Er empfand es als ein besonderes Glück, in einer Zeit der Erfindungen und Entdeckungen zu leben, wie er z. B. an der Erfindung des Luftballons den regsten Anteil nahm, der Vervollkommnung der Dampfmaschine seine größte Aufmerksamkeit widmete und über den Bau von Eisenbahnen, die er aus eigener Anschauung nicht mehr kennen lernte, sich sehr zuversichtlich aussprach. In einem Aufsatz wies er besonders hin auf den praktischen Wert des bei den Engländern schon damals geübten Patentschutzes (vergl. auch T. u. W. 1908 S. 332).

Von Goethes naturwissenschaftlichen Abhandlungen hat nur eine, die »Farbenlehre«, sein größtes physikalisches

Werk, das im Gegensatz zur Newtonschen Theorie steht, nicht die rückhaltlose Anerkennung der Fachwissenschaft gefunden. Heute beginnt man jedoch die Summe der darin niedergelegten Arbeit zu schätzen und auch dieses Werk, besonders in seinem physiologischen und geschichtlichen Teile, zu würdigen. Das Vorurteil, daß Goethe, der Dichter, kein eigentlicher Naturforscher gewesen sei, kann als beeinträchtigt angesehen werden.

Der Sammlungsanbau, in Verhältnissen, Formen und Farben dem Goethehause bescheiden untergeordnet, enthält fünf große und helle Räume, welche die kunsthistorischen und naturwissenschaftlichen Sammlungen aufnehmen. Der Gesamteindruck ist der eines gut ausgestatteten naturwissenschaftlichen Museums: neben dem Dichter tritt hier der lebhaft Naturbeobachter Goethe in unsre Vorstellung.

Im ersten Obergeschoß befinden sich der Studiensaal und der Majolikasaal, im zweiten Obergeschoß zwei Säle für die zoologischen, botanischen und mineralogischen Sammlungen sowie schließlich der Physiksaal.

Es sei bemerkt, daß ein genaues Verzeichnis aller im Sammlungsanbau aufgestellten Gegenstände im zweiten Teil des »Führers durch das Goethehaus« enthalten ist, der im Laufe des vorigen Jahres im Druck erscheinen sollte. Im folgenden mag ein kurzer Ueberblick gegeben werden.

Im Studiensaal wird die große Sammlung der Zeichnungen von Goethes eigener Hand aufbewahrt; ferner befinden sich dort seine Sammlungen von Handzeichnungen alter Meister, von Kupferstichen, Holzstichen und Lithographien, sowie eine moderne Handbibliothek. Man sieht eine wechselnde Ausstellung von Kunstblättern hinter den Scheiben der Schranktüren, und auf Wunsch werden Mappen zu eingehenderem Studium vorgelegt.

Im Majolikasaal ist die Majolikammlung aufgestellt, soviel von ihr nicht im Goethehaus verblieben ist; ferner befinden sich hier die bisher ganz unzugänglichen Sammlungen der Plaketten, Medaillen, Münzen und Abgüsse nach antiken Gemmen. Eine andere Abteilung bilden die persön-

lichen Reliquien Goethes, Gebrauchsgegenstände, die er benutzt hat, Geschenke, die ihm zuteil geworden sind. Antike und mittelalterliche, auch neuere Kleinskulpturen machen den Schluß.

Im Saal für Zoologie und Botanik ist eine Sammlung deutscher Vögel in achtzehn Glaskasten hervorzuheben, ferner ein Schrank mit Haien, Reptilien, Insekten und Mollusken. Besonderes Interesse beanspruchen die in einem Schranke für sich aufgestellten Stücke zur Erläuterung der Entwicklung des Zwischenkiefers beim Menschen. In der botanischen Abteilung ist Goethes Herbarium zu erwähnen, das über 1909 Nummern aufweist.

Im Saal für Mineralogie befindet sich die Gesteinsammlung, die besonders viele antike Marmorarten aufweist, außerdem paläontologische Stücke. Alles dies weist auf Goethes Beschäftigung mit praktischem Bergbau, mit Geologie und Mineralogie hin.

Der Physiksaal schließlich beansprucht vielleicht das größte Interesse. Er ist mit viel Geschick als eine Art Lehrsaal eingerichtet. Zunächst sind darin in zwei Schränken die Originalapparate Goethes für seine Versuche auf den Gebieten der Elektrizität und Optik aufgestellt: Elektriziermaschinen, Leydener Flaschen usw. Im übrigen sollen in diesem Saal durch zahlreiche nachgebildete Apparate, anschauliche Zeichnungen, sowie durch übersichtlich gedruckte Erklärungen die Gedanken Goethes über Meteorologie und besonders über die Farbenlehre zum Ausdruck gebracht werden, und zwar so, daß jeder Besucher hier die einfacheren optischen Versuche selbst ausführen kann. Denn Goethe hat gesagt: »Meine Farbenlehre soll nicht gelesen, sondern getan werden«, d. h. er legte den größten Wert auf das Begreifen durch Anschauung, durch Versuche, die sich vom Einfachen zum Schwierigeren steigern lassen. Ein reiches und zweckmäßig gruppiertes Anschauungsmaterial erleichtert das Eindringen in dieses Gebiet.

Die Einrichtung des Saales ist mit vollkommener Anlehnung an Goethes Gedanken sorgfältig und umsichtig ausgeführt.

F. Lüdecke, Ingenieur, Weimar.

### Deutsche und englische Ingenieurbildung.

Von den Zerbildern deutscher Wissenschaft und Technik, die uns Uebelwollen und Unwissenheit unserer Gegner in der Kriegszeit besonders reichlich beschert haben, hebt sich in erfreulichem Sinn eine Darstellung ab, die der Vorsitzende der englischen Institution of Mechanical Engineers, W. Cawthorn Unwin, vor kurzem gelegentlich einer Ansprache gegeben hat.

Unwin weist auf die Bedeutung der Technik im Kriege hin und kommt dann auf die Gründe zu sprechen, denen Deutschland den hohen Stand seiner Technik verdankt. Er erblickt den Hauptgrund in der gediegenen, umfassenden Schulung der deutschen Ingenieure: die Meisterschaft der Deutschen erstreckt sich gerade auf diejenigen Gebiete industrieller Betätigung, die einer weit vorgeschrittenen wissenschaftlichen Durchdringung bedürfen. Die englische Industrie könnte durch die Zunahme an eigenen gut ausgebildeten Fachleuten ganz erheblich gewinnen und wäre dann auch imstande, auf die Beschäftigung von Deutschen zu verzichten, die bisher aus Mangel an gleichwertigen englischen Fachleuten unumgänglich notwendig gewesen ist. England verdankt seine bevorzugte Stellung auf den höchsten Gebieten wissenschaftlicher Forschung Männern, die reine Wissenschaft ohne Rücksicht auf praktische Zwecke, ja sogar mit einer gewissen Nichtachtung diesen gegenüber treiben. Andererseits bringt der englische Industrielle, der die Wissenschaft lediglich praktisch zu verwerten strebt, der ungeschäftlichen Tätigkeit der Gelehrten geringe Schätzung entgegen. Diese Zustände ändern sich zwar allmählich, aber England hat immer noch keine Anstalten, die in der Anlage, Ausstattung und Leitung den großen Technischen Hochschulen des Festlandes gleichwertig sind. Abgesehen vom chemischen Fach sind die Hochschulen Deutschlands und Oesterreichs vier- oder fünfmal so stark besucht wie die entsprechenden englischen Anstalten, und Amerika, Belgien und die Schweiz haben sich an das deutsche Vorbild eng angeschlossen.

Unwin sagt weiter, daß er nicht deswegen mit Bewunderung von den geistigen Erfolgen des deutschen Unterrichtes spricht, weil er die Deutschen

liebt oder etwa die großen Mängel ihrer Unterrichtsverfahren übersieht. Die englische Erziehung verbürgt bei manchem Mangel auf geistigem Gebiet die Ausbildung der Initiative, des Einzelcharakters und einer hohen Ehrenhaftigkeit — hier regt sich wieder die englische Ueberhebung —, während die staatlich geleiteten deutschen Schulen und Hochschulen den Zwecken des Staates dienen, politische Werbetätigkeit treiben und eine anmaßende kriegerische Vaterlandsliebe pflegen. Aber abgesehen von diesen Bedenken politischer und sittlicher Natur hat der gründliche, fortschrittliche Unterricht der Technischen Hochschulen und ihrer Professoren, »denen manche von uns in der Tat viel verdanken«, die deutsche Industrie groß gemacht. Wenn hier und da gesagt worden ist, die Deutschen machten sich die Entdeckungen anderer zu eigen und nützten sie aus, so ist das, sagt Unwin, unwarh oder zum mindesten stark übertrieben. Wer eine wissenschaftliche Erfindung der industriellen Verwertung zuführt, dem gebührt dieselbe Anerkennung wie dem Erfinder.

Neben den Hochschulen weist Unwin auch den deutschen Mittelschulen einen hohen Anteil an den deutschen Erfolgen zu, da sie eine weit bessere Grundlage für die Ausbildung der Ingenieure gewähren als die unzureichenden englischen Schulen. Ein guter Teil des Unterrichtes auf den englischen colleges könnte bereits in den englischen Mittelschulen erledigt werden. Eine gewisse Schuld an der Vernachlässigung der geistigen Erziehung in England schiebt Unwin ferner der übertriebenen Pflege des Sportes zu.

Er verwarft sich dann gegen den Gedanken, daß er die englische Erziehung verdeutschen wolle. Aber sie sei offenbar in mancher Beziehung nicht mehr zeitgemäß und bedürfe der Verbesserung. »Wenn, wie ich annehme«, so schließt er, »die Kosten des Krieges von dem Verdienst unserer Industrie bestritten werden sollen, so muß unsere Leistungsfähigkeit gehoben werden. Und Sir George Reid hat gesagt: Gewinnen wir im Kriege den Handel der Deutschen für uns, so können wir ihn im Frieden nur dann bei uns halten, wenn wir uns auch ihre wissenschaftlichen Arbeitsmethoden aneignen.«